

# Geschäftsbericht 2023



2023

# Inhalt

<b>I</b>	<b>Bericht des Kantonsrates über seine Geschäftsführung</b>	<b>3</b>	<b>III</b>	<b>Finanzieller Überblick</b>	<b>23</b>
1.	Ratsstatistik und Allgemeines	4	1.	Das Rechnungsergebnis in Kürze	24
2.	Besondere Parlamentsrechte	6	1.1	Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2023	25
3.	Ratsleitung	7	1.1.1	Erfolgsrechnung	25
			1.1.2	Investitionsrechnung	26
<b>II</b>	<b>Bericht des Regierungsrates über seine Geschäftsführung</b>	<b>9</b>	1.2	Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2022 und Rechnung 2023	26
1.	Allgemeines	10	1.2.1	Erfolgsrechnung	26
2.	Regierungsgeschäfte	10	1.2.2	Investitionsrechnung	27
3.	Anlässe/Aussprachen	15	1.3	Finanzkennzahlen 2019–2023	28
4.	Information der Öffentlichkeit	16	1.4	Ergebnis nach Behörden und Departementen	32
5.	Nordwestschweizer Regierungskonferenz	16	1.4.1	Erfolgsrechnung	32
6.	Pflege und Förderung der Unternehmenskultur	17	1.4.2	Investitionsrechnung	38
7.	Tätigkeitsbericht der kantonalen Beauftragten für Information und Datenschutz	17	1.5	Globalbudgets	40
8.	Politische Rechte	18	2.	Rahmenbedingungen	42
			3.	Die grössten Aufwandpositionen	44
			3.1	Besoldungskosten	44
			3.1.1	Pensenübersicht	46
			3.1.2	Beiträge an die Pensionskasse und die Sozialversicherungen	49
			3.2	Nettoaufwand für einzelne Schultypen	50
			3.3	Nettoverschuldung und Zinsendienst	51
			3.3.1	Nettoverschuldung	51
			3.3.2	Nettozinsaufwand	52
			3.4	Abschreibungen	53
			3.4.1	Verwaltungsvermögen	53
			3.4.2	Finanzvermögen	54
			3.5	Strassenrechnung	55
			3.6	Gesundheit	56
			3.7	Gesellschaft und Soziales	57
			4.	Die grössten Ertragspositionen	60
			4.1	Bundesanteile	60
			4.2	Staatssteuerertrag	61
			4.2.1	Entwicklung Steuerausstand	62
			4.3	Nebensteuern	63
			<b>IV</b>	<b>Bericht der Revisionsstelle</b>	<b>65</b>

# Editorial



Liebe Leserinnen und Leser

Sie halten den Geschäftsbericht 2023 in den Händen. Das Ergebnis gleich vorweg: Das Geschäftsjahr 2023 zeigt einen Aufwandüberschuss von 58,3 Mio. Franken. Damit schliesst die Rechnung wohl um 32,2 Mio. Franken besser ab als budgetiert, gegenüber dem Vorjahr verschlechtert sich das Gesamtergebnis allerdings um 206,5 Mio. Franken. Im Jahr 2022 konnte noch ein Ertragsüberschuss von 148,2 Mio. Franken verzeichnet werden. Mit einem Eigenkapital von 671,1 Mio. Franken kann der Kanton zwar ein solches Defizit ausnahmsweise verkraften, allerdings sind Vorkehrungen zur finanziellen Entspannung zu treffen und im Budgetprozess einzubringen.

Die Hauptursache für dieses negative Ergebnis kann und darf nicht allein auf die ausbleibende Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank zurückgeführt werden – auch wenn dies sicher einen Einfluss hatte. Grundsätzlich liegt es in unserer Verantwortung, als Kanton aus eigener Kraft die Balance zwischen Einnahme- und Ausgabeseite zu halten. Der Geschäftsbericht zeigt transparent und detailliert auf, wo die Gründe für dieses Ergebnis liegen; in nahezu allen Bereichen sind die Aufwendungen gestiegen.

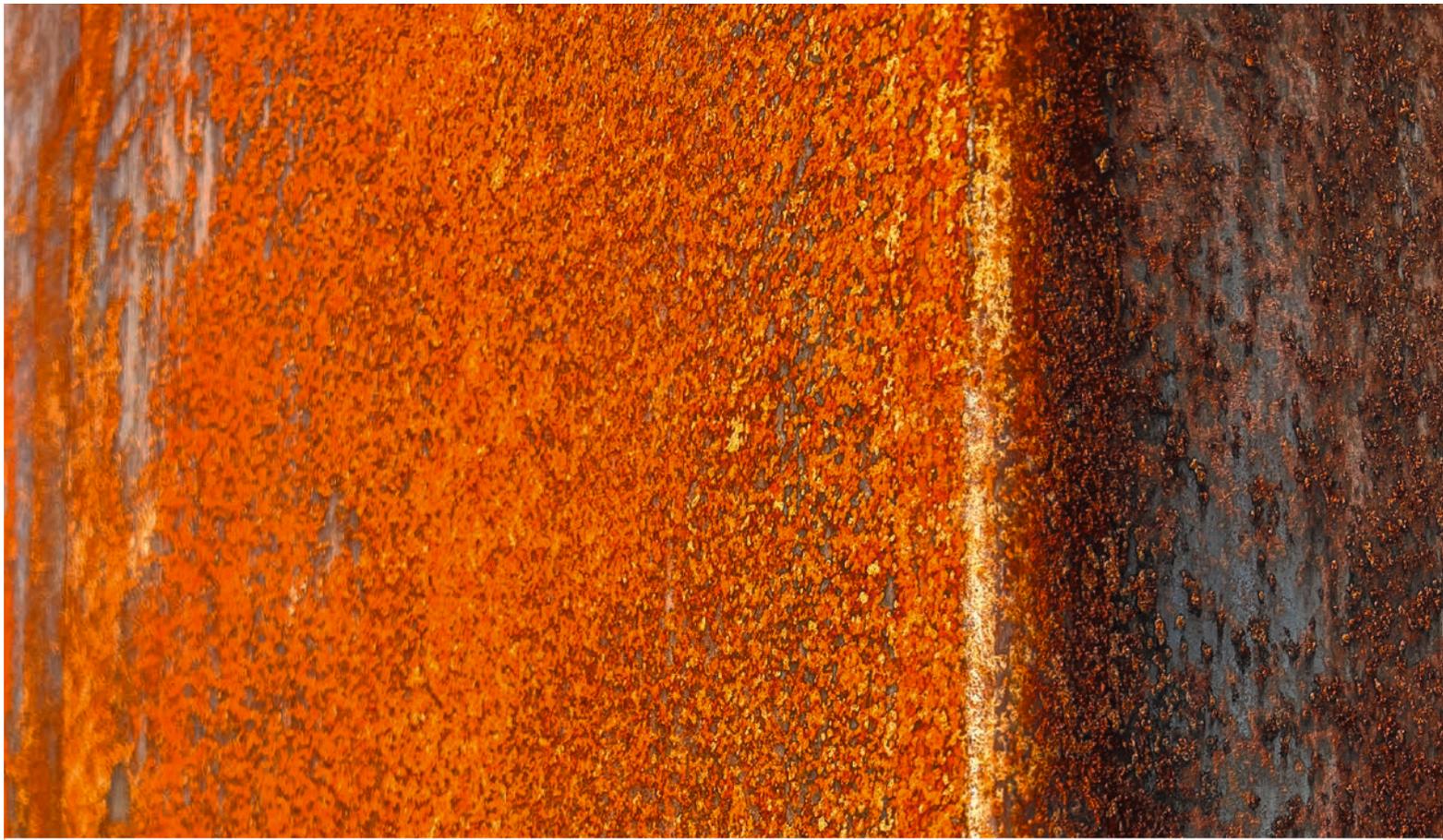
Die finanziellen Mittel des Kantons sollen mit Augenmass eingesetzt und die bestehenden Ressourcen noch effizienter genutzt werden. So soll ein Massnahmenplan Sparvorschläge der Departemente vertieft prüfen und damit zur Entlastung der Erfolgsrechnung beitragen. Die Arbeiten für den Massnahmenplan 2024 haben begonnen. Die Betroffenen werden zur gegebenen Zeit in die Erarbeitung miteinbezogen und auch das Parlament wird noch darüber zu befinden haben. Erstmals in einem Pilotprojekt werden drei Verwaltungseinheiten ihre Leistungen hinsichtlich Notwendigkeit, Effektivität und Effizienz überprüfen. Der Regierungsrat ist zuversichtlich, mit diesen Massnahmen das Ergebnis der Staatsrechnung ebenfalls positiv beeinflussen zu können.

Es ist unser gemeinsames Ziel, den finanziellen Handlungsspielraum des Kantons trotz den extern beeinflussten Herausforderungen beizubehalten, zu stärken und gleichzeitig auch den steigenden Ansprüchen und Erwartungen an den Staat gerecht zu werden. Diesen Spagat zu schaffen wird unsere gemeinsame grosse Aufgabe sein.

Der Regierungsrat sieht gespannt den konstruktiven Diskussionen im Rahmen des kommenden Budgetprozesses entgegen und wird sich auch im laufenden Geschäftsjahr weiterhin für eine kosten- und verantwortungsbewusste Haushaltsführung einsetzen.

A stylized, handwritten signature in black ink, consisting of a large, flowing 'P' and 'H'.

**Peter Hodel**  
Landammann





Bericht des Kantonsrates über  
seine Geschäftsführung



# Bericht des Kantonsrates über seine Geschäftsführung

## 1. Ratsstatistik und Allgemeines

Der Kantonsrat wurde im Berichtsjahr von Susanne Koch Hauser, Die Mitte, Gemeindepräsidentin/Betriebsökonomin HWV, Erschwil, präsiert.

<b>Ratsstatistik</b>	<b>2021</b>	<b>2022</b>	<b>2023</b>
– KR-Sessionen	7	7	7
– Anzahl Sitzungshalbtage	21	20	21
<b>Behandelte KR-Geschäfte</b>	<b>263</b>	<b>214</b>	<b>237</b>
– Sachgeschäfte	49	41	53
– Rechtsetzende Erlasse <sup>1</sup>	26	18	11
– Wahlgeschäfte	46	21	20
– Verordnungsvetos	1	1	3
– Volksinitiativen	-	2	3
– Volksaufträge	4	4	1
– Beschwerden	-	-	-
– Petitionen	-	-	-
– Parlamentarische Initiativen	-	-	-
– Aufträge	50	43	58
– Interpellationen	42	36	29
– Kleine Anfragen	45	48	59
<b>Neu eingereichte Vorstösse</b>	<b>111</b>	<b>139</b>	<b>146</b>
– Volksinitiativen	1	-	3
– Volksaufträge	2	1	7
– Planungsbeschlüsse <sup>2</sup>	5	-	-
– Parlamentarische Initiativen	-	-	-
– Aufträge	44	56	56
– Interpellationen	22	29	32
– Kleine Anfragen	37	53	48
<b>KR-Kommissionssitzungen (ohne Ausschüsse)</b>	<b>65</b>	<b>70</b>	<b>62</b>
– Ratsleitung	9	7	8
– Finanzkommission	11	11	9
– Geschäftsprüfungskommission	7	8	8
– Justizkommission	9	12	8
– Bildungs- und Kulturkommission	7	7	7
– Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission	14	13	9
– Sozial- und Gesundheitskommission	7	6	8
– Redaktionskommission <sup>3</sup>	1	-	-
– Spezialkommission Digitalisierung Kantonsrat	-	6	5
Gesamtanzahl Sitzungsabrechnungen (inkl. Fraktions- und Ausschusssitzungen, interkantonale Gremien etc.)	255	309	296



Im Berichtsjahr waren folgende 7 Mutationen zu verzeichnen: Am 9. Mai Sabrina Weisskopf, FDP.Die Liberalen, Biberist (anstelle von Martin Flury), Laura Gantenbein, Grüne, Solothurn (anstelle von Barbara Wyss Flück) und Thomas von Arx, SVP, Oensingen (anstelle von Josef Fluri), am 5. September Hubert Bläsi, FDP.Die Liberalen, Grenchen (anstelle von Beat Späti), am 12. Dezember Simon Gomm, SP, Olten (anstelle von Marianne Wyss), Thomas Wenger, SVP, Gerlafingen (anstelle von Rémy Wyssmann) und Angela Petiti, SP, Solothurn (anstelle von Farah Rummy).

1 Von den 26 behandelten rechtsetzenden Erlassen im Berichtsjahr 2021 betreffen 15 die Genehmigung von Verordnungen des Regierungsrats während der Covid-19-Pandemie («Notverordnungen» gemäss Art. 79 Abs. 4 KV).

2 Anfang Dezember 2021 wurden im Zusammenhang mit dem Legislaturplan 2021–2025 insgesamt fünf Planungsbeschlüsse aus dem Parlament eingereicht.

3 Die Redaktionskommission hat 2023 alle Geschäfte im Zirkulationsverfahren behandelt.

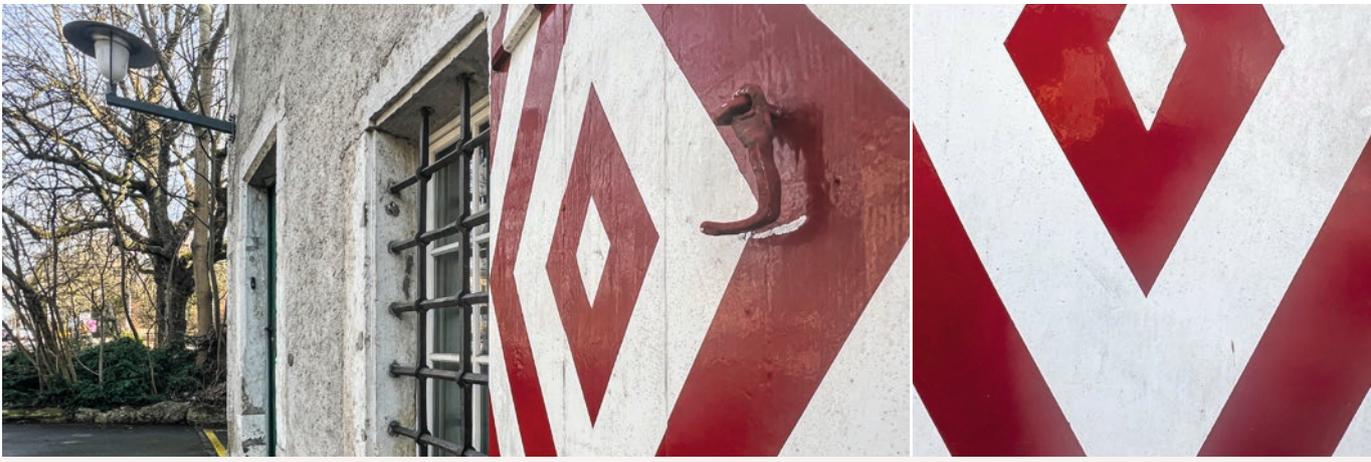
## 2. Besondere Parlamentsrechte

### – Einspruchsrecht des Kantonsrats (Art. 79 Abs. 3 KV)

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat im Berichtsjahr 16 Verordnungen oder Verordnungsänderungen unterbreitet. Gegen drei Verordnungen wurde das Veto ergriffen: Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über dringliche Massnahmen zur kurzfristigen Bereitstellung einer sicheren Stromversorgung im Winter vom 12. Dezember 2022, Änderung der Verordnung über Abstimmungs- und Wahlplakate vom 20. Juni 2023 und Verordnungsänderungen im Zusammenhang mit der neuen Organisationsstruktur der Oberämter vom 26. September 2023. In allen drei Fällen wurde das Veto vom Kantonsrat abgelehnt. Von der Gerichtsverwaltungskommission bzw. vom Obergericht wurden keine Verordnungen oder Verordnungsänderungen unterbreitet.

### – Stellungnahme des Kantonsrates zu Vernehmlassungen des Regierungsrats an Bundesbehörden (Art. 76 Abs. 1 Bst. h KV)

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr der Ratsleitung 86 Vernehmlassungsvorlagen von Bundesbehörden unterbreitet. Die Ratsleitung hat in allen Fällen auf eine Mitwirkung des Kantonsrates verzichtet.



### 3. Ratsleitung

Die Ratsleitung hielt im Berichtsjahr 8 Sitzungen ab.

Als zuständiges Organ zur Vorprüfung von Volksaufträgen prüfte die Ratsleitung im Berichtsjahr insgesamt 7 Volksaufträge auf ihre Zulässigkeit und überwies deren sechs an den Regierungsrat zur Stellungnahme. Den Volksauftrag «Ausgleichskasse Kanton Solothurn: Verwaltungsrat sofort absetzen!» (VA 006/2023) erachtete die Ratsleitung mit ihrer Stellungnahme vom 22. März 2023 als unzulässig, worauf der Kantonsrat mit Beschluss vom 10. Mai 2023 diesen Vorstoss für ungültig erklärte.

Weiter hat die Ratsleitung mit Beschlussdatum 21. März 2023 zum «Auftrag Fraktion CVP/EVP: Überprüfung des Wahlverfahrens der kantonalen Beamten und Beamtinnen» (A 142/2021) und zum «Auftrag Sarah Schreiber (Die Mitte, Lostorf): Stellvertretungsregelung im Kantonsrat für Frauen nach der Geburt eines Kindes» (A 182/2022) Stellung genommen. Ebenso erfolgte eine Stellungnahme am 27. Juni 2023 zum «Auftrag Adrian Läng (SVP, Horriwil): Stärkung unseres Milizsystems – Ordnungsanträge präzisieren» (A 236/2022) und zum «Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Hoheit über Ratsgeschäfte klären, Lücke im Kantonsratsgesetz schliessen» (A 026/2023). Gleich zu vier parlamentarischen Vorstössen hat die Ratsleitung mit Beschlussdatum 20. Dezember 2023 ihre Stellungnahme verabschiedet: «Auftrag fraktionsübergreifend: Pragmatische Stellvertretungsregelungen für Kommissionen» (A 111/2023), «Auftrag fraktionsübergreifend: Stellvertreterregelung im Kantonsrat bei Abwesenheiten aus zwingenden Gründen» (A 126/2023), «Auftrag SP/junge SP: Rassistische Diskriminierung im Kantonsrat» (A 172/2023) sowie «Kleine Anfrage Andrea Meppiel (SVP, Hofstetten-Flüh): Individueller Versand Kantonsratsunterlagen ermöglichen» (K 242/2023).





Bericht des Regierungsrates über  
seine Geschäftsführung



# Bericht des Regierungsrates über seine Geschäftsführung

## 1. Allgemeines

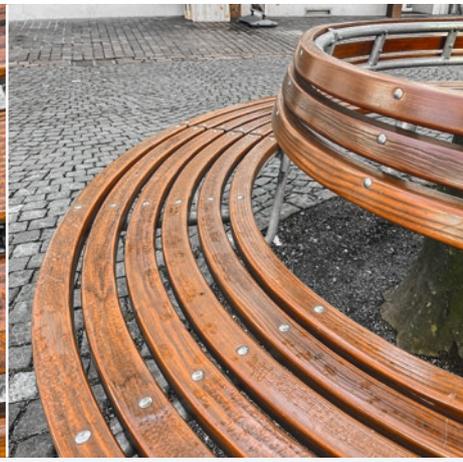
Der Regierungsrat wurde 2023 von Frau Landammann Brigit Wyss geleitet. Es wurden an 44 Sitzungen 2'146 Beschlüsse gefasst.

## 2. Regierungsgeschäfte

An den Eidgenössischen Gesamterneuerungswahlen vom 22. Oktober bewarben sich 170 Personen – davon 67 Frauen – auf 29 Listen um die 6 Sitze im Nationalrat. Damit wurde der Rekord von 2019 mit 166 Personen ebenfalls auf 29 Listen, erneut übertroffen. Von den bisherigen sechs Solothurner Vertreterinnen und Vertretern im Nationalrat traten vier wieder an. Kurt Fluri (FDP.Die Liberalen) sowie Walter Wobmann (SVP) traten auf Ende der Amtsperiode zurück. Ebenfalls auf Ende der Amtsperiode erklärte Ständerat Roberto Zanetti (SP) seinen Rücktritt. In den Nationalrat gewählt wurden (nach Anzahl Stimmen): Christian Imark (SVP, bisher), Rémy Wyssmann (SVP, neu), Franziska Roth (SP, bisher), Simon Michel (FDP.Die Liberalen, neu), Stefan Müller-Altermatt (Mitte, bisher) und Felix Wettstein (Grüne, bisher). Im Rennen um einen Ständeratssitz erreichte einzig Pirmin Bischof (Mitte, bisher) das absolute Mehr. Der zweite Sitz wurde am 19. November 2023 in einem zweiten Wahlgang Nationalrätin Franziska Roth (SP) vergeben. In der Folge übernahm Farah Romy (SP, Grenchen) den freigewordenen Nationalratssitz.

Die Stimmbeteiligung lag bei 47,86 Prozent für die Nationalratswahlen und 47,48 Prozent für die Ständeratswahlen. Die Quote ist damit leicht höher als 2019 (Nationalrat: 44,8 Prozent – Ständerat: 44,24 Prozent).

Neue Technologien und digitale Lösungen entwickeln sich rasant. Der digitale Wandel macht auch vor den Behörden nicht halt, weshalb der Regierungsrat zur Umsetzung seiner Digitalisierungsstrategie dem Kantonsrat das Impulsprogramm SO!Digital vorlegte. Damit soll das digitale Leistungsangebot für die Bevölkerung, die Wirtschaft und die Behörden ausgebaut werden. Die Prozesse werden systematisch digital transformiert, um langfristig eine wirksame, effiziente und sichere Leistungserbringung zu ermöglichen. Dabei dient das Kompetenzzentrum Digitale Verwaltung der Staatskanzlei als Treiber, Leiter und Koordinator sowie als zentrale Anlaufstelle für alle Belange der digitalen Transformation der kantonalen Verwaltung. Der Fokus lag auf dem Aufbau der Auf- und Ablauforganisation des Kompetenzzentrums und der Digital Teams der Departemente, der Staatskanzlei und der Gerichte. Der zweite Fokus lag auf dem Start der Umsetzung des Impulsprogramms. Zwei Projekte konnten bereits erfolgreich abgeschlossen werden: das Projekt Digital Pionier (Mitarbeiterschulung) und das Pilotprojekt E-Mitwirkung. Neben den Projekten in der Initialisierungsphase wurden die Vorarbeiten für die Projekte Ausbildungsprogramm SO!Digital (Erweiterung des bestehenden kantonalen Ausbildungsprogramm mit Themen der digitalen Transformation), Proof of Concept Robotic Process Automation (Sammeln von Erfahrungen mit Prozessautomatisierung basierend auf Software-Robotern) ausgelöst.



Im Sommer 2022 schickte der Bund die 4. Generation der Agglomerationsprogramme (AP) in die Vernehmlassung. Die 2023 präsentierten Ergebnisse zeigten, dass die vier Programme, an welchen der Kanton Solothurn beteiligt ist, sehr gut abschnitten. So wird das Schlüsselprojekt «Entwicklung Bahnhof Solothurn Süd» als Ganzes durch den Bund mitfinanziert; beim AP Grenchen hat der Bund schon im Herbst 2022 dem Begehren nach einem vorzeitigen Baubeginn für die Aufwertung des Bahnhofplatzes zugestimmt. Die Bauarbeiten haben bereits begonnen. Der Kanton Solothurn wird über die Agglomerationsprogramme mit über 100 Millionen Franken vom Bund unterstützt.

Das Bundesgericht trat auf die Beschwerde des Kantons Solothurn gegen den Entscheid des kantonalen Verwaltungsgerichts betreffend der Verkehrsanbindung Thal nicht ein, da der Kanton in diesem Verfahren nicht zur Beschwerde legitimiert sei. Das Verwaltungsgericht hatte den Erschliessungsplan des Regierungsrates im Jahre 2022 aufgehoben. Dabei stützte es sich auf Gutachten der Eidgenössischen Kommissionen für Denkmalpflege und Natur- und Heimatschutz. Der hohe Handlungsbedarf und rasch notwendige Verbesserungen der Verkehrssituation veranlassten den Regierungsrat, in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Kultur, eine Projektstudie zu initiieren, um die Machbarkeit der Umfahrungsstrasse zu verifizieren und das Vorhaben zu optimieren.

Die Langenbruckstrasse, welche von Mümliswil-Ramiswil nach Langenbruck (BL) führt, befindet sich in einem schlechten Zustand. Die Kantonsstrasse soll im Bereich zwischen der Limmernstrasse und der Feldstrasse saniert und erneuert werden. Der Kantonsrat stimmte dem Verpflichtungskredit von rund 6,8 Millionen Franken zu. Davon sind 3,8 Millionen für den Strassenbau und rund 3 Millionen Franken für den Neubau, resp. Ersatzneubau verschiedener Kunstbauten vorgesehen.

Die bestehenden stark sanierungsbedürftigen Untersuchungsgefängnisse in Solothurn und Olten, welche 1977 und 1964 gebaut wurden und sowohl den baulichen wie betrieblichen Anforderungen nicht mehr genügen, werden durch einen Neubau ersetzt. Die Solothurner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben dem Verpflichtungskredit von 120 Millionen Franken für den Neubau des Zentralgefängnisses anlässlich der Volksabstimmung vom 22. Oktober 2023 mit 61 Prozent zugestimmt. Das neue Zentralgefängnis wird über 130 Haftplätze (erweiterbar auf 150 Plätze) verfügen und erfüllt die Anforderungen an einen zeitgemässen Vollzug.

Die Insel im Inkwilensee – auf der Grenze der Kantone Bern und Solothurn – bildet seit 2011 einen Teil des Unesco-Welterbes «Prähistorische Pfahlbauten um die Alpen» und ist zugleich Naturschutzgebiet. Seit einigen Jahren benutzen die Biber die Insel als Wohnstätte. Dadurch ist der Erhalt dieser wichtigen archäologischen Fundstelle gefährdet. Mit verschiedenen Massnahmen stellen die Kantone Bern und Solothurn nun sicher, dass sowohl Natur- wie Kulturgüterschutz im Inkwilensee auch in Zukunft gewährleistet sind. Deshalb wurde gemeinsam mit allen betroffenen Fachstellen der Kantone sowie des Bundes ein Projekt erarbeitet, das den Bibern das Graben auf der Insel in Zukunft verunmöglicht und ihnen gleichzeitig durch einen Ersatzbau auf der kleinen Insel einen anderen Siedlungsplatz im See anbietet.

Das Departement für Bildung und Kultur legte eine erste Ausgabe eines kantonalen Monitorings der Lehrpersonen und Schulleitungen vor und setzte damit einen Auftrag des Kantonsrats um. Die Ergebnisse zeigten, dass der Unterricht zu einem hohen Anteil von vollständig ausgebildeten Lehrpersonen erteilt wird und in der Volksschule keine Pensionierungswelle ansteht. Das Monitoring soll es erlauben, datengestützte Strategien zu formulieren, damit zukünftig genügend Lehrpersonal mit adäquater Ausbildung in den Solothurner Schulen zur Verfügung steht.

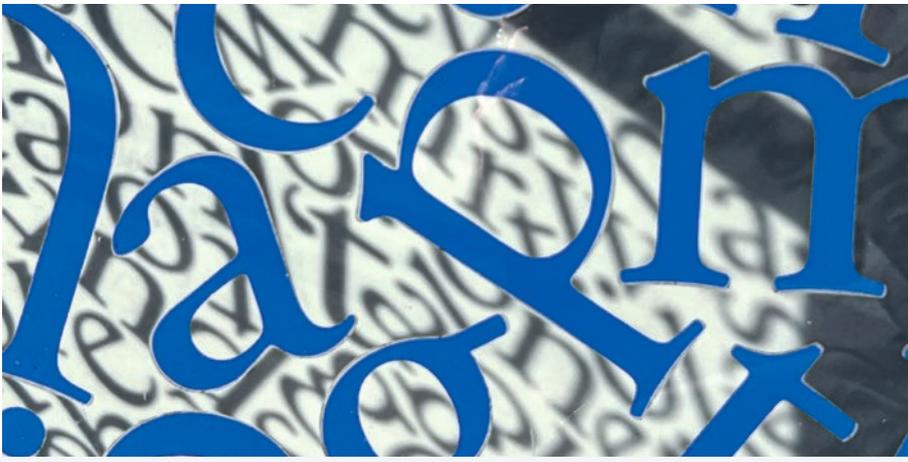
Im März 2023 haben sich die Gemeinden als Träger der Volksschule zusammen mit dem Volksschulamt sowie den Verbänden der Schulleitungen und der Lehrpersonen in einer Absichtserklärung verpflichtet, einen Aktionsplan auszuarbeiten. Dieser soll dazu beitragen, den Lehrberuf und die Rolle der Schulleitung noch attraktiver zu machen und die Handlungsoptionen der einzelnen Schulen zu optimieren. Der vorliegende «Aktionsplan Volksschule» hat Leitbildcharakter und ist in acht zentrale Handlungsfelder, die das Gesamtsystem der Volksschule abdecken, gegliedert. Die Leitsätze dieser Handlungsfelder dienen der künftigen Entwicklung der Volksschule. Als erste konkrete Schwerpunkte für die Umsetzung des Aktionsplans sollen die Spezielle Förderung (Schülerinnen und Schüler mit Lern-, bzw. Verhaltensschwierigkeiten) optimiert und die Klassenleitungsfunktion gestärkt werden.

Den Schulen Zuchwil wurde für ihre zukunftsweisenden Entwicklungen die Anerkennung als «Profilschule informatische Bildung» zuteil. Es ist die erste Schule im Kanton Solothurn, die das Zertifikat des Volksschulamts Kanton Solothurn erhält. Zertifiziert werden Schulen, die sich früh und intensiv mit der informatischen Bildung auseinandergesetzt haben.

Die von einem Initiativkomitee eingereichte Gesetzesinitiative «Zwillingsinitiative 1 – Hände weg vom Katasterwert!» verlangte ein zehnjähriges Moratorium bei einer Totalrevision der Katasterschätzung. Die Gesetzesinitiative «Zwillingsinitiative 2 – Hände weg von den Abzügen!» verlangte ein zehnjähriges Moratorium bei den Steuerabzügen. Beide Initiativen wurden vom Stimmvolk anlässlich der Volksabstimmung vom 18. Juni 2023 klar abgelehnt.

Aufgrund einer Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) obliegt es seit dem 1. Januar 2022 den Kantonen, die Zulassung sämtlicher Leistungserbringer im ambulanten Bereich zu prüfen und die Einhaltung der Zulassungsvoraussetzungen zu beaufsichtigen. Mit der vom Stimmvolk mit 63,4 Prozent Ja-Stimmen angenommenen Änderung des Gesundheitsgesetzes wurden die formell-gesetzlichen Grundlagen geschaffen, um die Zulassung und Beaufsichtigung der Leistungserbringer zu regeln und auch die Höchstzahlen für die Zulassung von Ärztinnen und Ärzten festlegen zu können.

Die kantonalen Impfzentren in Olten und Selzach schlossen Ende März, per Ende April wurden die befristeten Stellen für die Pandemiebewältigung aufgehoben. Die restlichen Aufgaben im Zusammenhang mit Covid-19 gingen zurück in die bestehenden Strukturen der kantonalen Verwaltung und in die Institutionen im Gesundheitswesen. Im Dezember 2021 waren 76 Vollzeitstellen für die Pandemiebewältigung notwendig, im Februar 2023



waren noch knapp 18 Vollzeitstellen besetzt. An den Impfzentren im Kanton wurden rund 523'000 Impfungen durchgeführt, davon rund 380'500 in den beiden kantonalen Impfzentren. Dank hoher Immunität der Bevölkerung, ob durch Covid-19-Impfungen oder Covid-19-Erkrankungen, waren nur noch wenige Personen von schweren Krankheitsverläufen betroffen. Die Website [corona.so.ch](https://corona.so.ch) wurde am 31. März 2023 deaktiviert. Zu Spitzenzeiten verzeichnete diese wichtige Informationsplattform bis zu 400'000 Besuchende pro Monat, insgesamt wurde [corona.so.ch](https://corona.so.ch) über 5 Millionen Mal besucht. In den Jahren 2020–2023 kam es im Kanton Solothurn zu 140'300 laborbestätigten Covid-19-Infektionen mit 381 Todesfällen. Eine externe Evaluation des Covid-19-Krisenmanagements brachte zutage, dass der Kanton Solothurn gut durch die Pandemie gekommen war. Die Leistungen, die der Kanton zur Bekämpfung der Pandemie und ihrer Folgen bereitgestellt hat, wurden als zweckmässig beurteilt. Im Bericht wurden aber auch Schwachstellen identifiziert. Diese betreffen insbesondere die Vorbereitung und die Umsetzung des Krisenmanagements. Diese Erkenntnisse sollen für allfällige künftige Krisen in anderen Themengebieten genutzt werden.

Aufgrund von hohen Zuweisungen von asyl- und schutzsuchenden Personen setzte der Regierungsrat einen Fachstab Asyl ein und beschloss besondere Anordnungen, damit die weitere Unterbringung und Betreuung der asyl- und schutzsuchenden Menschen durch den Kanton und die Gemeinden gewährleistet werden konnte. Die kantonalen und kommunalen Unterbringungsstrukturen wurden in der Vergangenheit deutlich ausgebaut, die Bereitstellung von zusätzlichen Plätzen bleibt jedoch auf kantonomer und kommunaler Ebene herausfordernd.

Das durch die Aufgabenreform zwischen dem Kanton und den Gemeinden entstandene «Integrale Integrationsmodell» verzeichnete Fortschritte, die verschiedenen Integrationsysteme in den Bereichen Arbeit, Bildung und Soziales enger zusammenarbeiten lassen. Der Regierungsrat genehmigte die Berichterstattung und beschloss eine Weiterführung der Zusammenarbeit mit dem Bund für die nächsten vier Jahre im Rahmen des «Kantonalen Integrationsprogramm» (KIP 3).

Ende 2022 hat der Regierungsrat eine Richtungsentscheidung zur Zukunft der Oberämter gefällt und das Departement des Innern mit dessen Umsetzung beauftragt. Die vier bisherigen Standorte Solothurn, Olten, Balsthal und Breitenbach bleiben bestehen und damit die regionale Verankerung. Die vier Oberämter werden neu von zwei Vorstehenden geleitet. Die Bevölkerung kann die gewohnten Dienstleistungen der Oberämter auch künftig in Anspruch nehmen. Per Januar 2024 werden diese Umsetzungsarbeiten grösstenteils abgeschlossen sein.

Bereits zum zweiten Mal nach 2019 legte der Regierungsrat einen Wirksamkeitsbericht zum innerkantonalen Finanzausgleich und Lastenausgleich (FILA) vor. Die externe Beurteilung dazu fällt positiv aus und zeigt klar auf, dass die Mechanismen des FILA richtig und wirksam funktionieren. Demnach wird der innerkantonale FILA bezüglich Funktionalität, Wirksamkeit und Zielerreichung weiterhin als sehr gut beurteilt. Dazu kommt die positive Entwicklung der letzten Jahre wie zum Beispiel die gute finanzielle Lage der Gemeinden,

der höhere Anteil von Gebergemeinden oder die Feststellung, dass höhere Steuerfüsse abgenommen haben. Auch hinsichtlich der Kostenentwicklung in den Bereichen Bildung und Soziale Sicherheit bei den Gemeinden ergibt sich laut Bericht kein zwingender Handlungsbedarf für den Kanton.

Der Regierungsrat unterbreitete dem Kantonsrat das Umsetzungsprogramm der Neuen Regionalpolitik (NRP) im Kanton Solothurn 2024–2027. Das Umsetzungsprogramm des Kantons Solothurn 2024–2027 legt den Schwerpunkt bei der Förderung auf die Bereiche Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen und Tourismus. Stärker gewichtet als im Vorgängerprogramm sind die Themen Digitalisierung und nachhaltige Entwicklung. Neu schlägt das Umsetzungsprogramm vor, dass sich der Kanton Solothurn an einem regionalen Innovationssystem beteiligt. Deren Ziel ist, mit koordinierten Unterstützungsangeboten und Dienstleistungen, die Innovationskraft von KMU und Start-ups zu stärken. Wie auch in der Förderperiode 2020–2023 fallen auch 2024–2027 alle Kantonsteile in den NRP-Förderperimeter. Das Budget beträgt auf Kantonsseite 2 Millionen Franken, der Bund verdoppelt jeweils das kantonale Budget. Zur Verfügung stehen also insgesamt 4 Millionen Franken.

Die Vogelgrippe zirkulierte weiter in der Schweiz. Da das Virus im Mai in Wildvogel-Brutgebieten mehrerer Kantone nachgewiesen werden konnte, entschied der Bund, die geltenden Massnahmen gegen die Vogelgrippe zu verlängern.

2023 legte der Regierungsrat dem Kantonsrat folgende Gesetzgebungsprojekte zur Beratung vor:

- ▮ Anpassungen aufgrund der Änderung der Strafprozessordnung vom 17. Juni 2022; Teilrevision des Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Strafprozessordnung und zur Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung (EG StPO)
- ▮ Pensionskassen für Geistliche; Verzicht auf Ausrichtung von Staatsbeiträgen
- ▮ Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei und Änderung des Gebührentarifs (GT)
- ▮ Änderung des Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches
- ▮ Änderung des Sozialgesetzes; Einführung der frühen Sprachförderung
- ▮ Änderung des Sozialgesetzes; Umsetzung der EL-Reform in der FamEL und Bereinigungen/Optimierungen
- ▮ Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG) sowie der Kantonalen Bauverordnung (KBV)
- ▮ Teilrevision Gebührentarif (GT)
- ▮ Anpassungen bei den Amtsgerichten; Teilrevision des Gesetzes über die Gerichtsorganisation (GO) sowie weiterer Gesetze
- ▮ Änderung der Verfassung des Kantons Solothurn (KV); 2. Totalrevision des Gesetzes über die Gebäudeversicherung, Brandverhütung, Feuerwehr und Elementarschadenhilfe (Gebäudeversicherungsgesetz; GVG); 3. Änderung des Gebührentarifs (GT)
- ▮ Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege



### 3. Anlässe/Aussprachen

Der Regierungsrat traf sich im Berichtsjahr mit den Gemeindepräsidien Büren, Dornach, Gempfen, Hochwald, Nuglar-St. Pantaleon, Seewen, Fehren, Himmelried, Meltingen, Nunningen, Zullwil, Bellach, Bettlach, Langendorf, Lommiswil, Oberdorf, Rüttenen, Selzach und der Stadt Grenchen.

Weitere Aussprachen fanden mit den Solothurner National- und Ständeräten, dem Obergericht, dem Verband Solothurner Bürgergemeinden und Waldeigentümer und der Geschäftsleitung des Verbandes Solothurner Einwohnergemeinden statt.

Der Regierungsrat empfing die Kantonsratspräsidentin, die ehemaligen Regierungsmitglieder und die hohen Offiziere.

Der Regierungsrat nahm an den Feiern zu Ehren des neu gewählten Bundesratsmitgliedes, des Nationalratspräsidenten und der Ständeratspräsidentin aus den Nachbarkantonen Baselstadt und Baselland teil sowie am Festakt 175 Jahre Bundesverfassung und an Jubiläen von Einwohnergemeinden.

2023 wurden 24 Hundertjährige geehrt.

Der Regierungsrat vergab Werkjahrbeiträge, Sport- und Auszeichnungspreise sowie den Sozialpreis.

Die Kontakte mit den Medien wurden durch regelmässige Medienkonferenzen und Begegnungen bei weiteren Anlässen aufrechterhalten.

## 4. Information der Öffentlichkeit

### Eckwerte

Medienkonferenzen/Point de Presse

| 15

Medienmitteilungen

| 303

Social Media

Facebook:	Beiträge 249	Follower 5494 (+295)
Instagram:	Beiträge 284	Follower 2205 (+479)
Twitter/X:	Beiträge 218	Follower 3669 (+16)
YouTube:	Beiträge 12	Follower 494 (+46)
LinkedIn:	Beiträge 0	Follower 2518 (+673)
Threads (neu)	Beiträge 0	Follower 139 (+139)

## 5. Nordwestschweizer Regierungskonferenz

Den thematischen Schwerpunkt der 78. Plenarkonferenz in Lenzburg bildete die Europapolitik. Die Regierungen bekräftigten mit der Verabschiedung der Erklärung zu Lenzburg ihre Erwartungen an den Bundesrat, das angekündigte Verhandlungsmandat zu erarbeiten und die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Die NWRK begrüsst darin den Schritt des Bundesrats, Eckwerte eines Verhandlungsmandats auszuarbeiten. Sie erwartet aber auch, dass von beiden Verhandlungspartnern alles darangesetzt wird, rasch tragfähige Lösungen in den noch offenen Bereichen zu erarbeiten, damit ein Verhandlungsabschluss vor Ende 2024 möglich wird. Die Nordwestschweizer Kantone unterstreichen mit der Erklärung zu Lenzburg die Bedeutung von geregelten Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU und betonen nochmals deren Dringlichkeit aufgrund der voranschreitenden Erosion bei den bilateralen Abkommen und in der Forschungszusammenarbeit.

Nach der Verabschiedung der Klima-Charta der NWRK im Jahr 2021 konnte an der diesjährigen Plenarkonferenz eine erste konkrete Umsetzung vollzogen werden. Mit der Verabschiedung von Leitsätzen in den Bereichen nachhaltiges Bauen und nachhaltige öffentliche Beschaffung wurden Ziele, Grundsätze und Handlungsfelder in Bereichen mit gemeinsamer Betroffenheit erarbeitet. Die verabschiedeten Leitsätze werden den Rahmen für die Zusammenarbeit der Nordwestschweizer Kantone sowie kantonsinterne Projekte bilden.



## **6. Pflege und Förderung der Unternehmenskultur**

«Mit Engagement bewegen» – unter diesem Titel lancierte das Personal seine neue Arbeitgebermarke mit einem neuen Auftritt. Das Arbeitgebersprechen wurde wie folgt formuliert: «Dabei sein» beim Kanton Solothurn, bedeutet die Chance, in einer sinnstiftenden Tätigkeit von politischer und gesellschaftlicher Relevanz, Verantwortung zu tragen und mit dem eigenen Abdruck nachhaltige Entwicklungen für Bevölkerung und Wirtschaft zu bewegen.» Dieses Versprechen soll einerseits die Identifikation mit dem Arbeitgeber Kanton Solothurn abbilden, andererseits gegen aussen die Verwaltung als attraktiven Arbeitgeber positionieren.

## **7. Tätigkeitsbericht der kantonalen Beauftragten für Information und Datenschutz**

Der Tätigkeitsbericht der kantonalen Beauftragten für Information und Datenschutz wird dem Kantonsrat zur Kenntnis gebracht (§ 32 Abs. 1 Bst. f des Informations- und Datenschutzgesetzes).

## 8. Politische Rechte

### 8.1. Volkswahlen im 2023

12. März Amteibeamtenwahlen:  
Wahl einer Amtsgerichtspräsidentin oder eines Amtsgerichtspräsidenten der Amtei Solothurn-Lebern.  
Gewählt wurde Lea Gerber (SP) mit 5'585 Stimmen. Daniel Geisser (parteilos) erhielt 4'692 Stimmen.
- Ersatzwahl einer Amtsgerichtspräsidentin oder eines Amtsgerichtspräsidenten der Amtei Bucheggberg-Wasseramt.  
Gewählt wurde Jonathan Hadorn (SP) mit 5'428 Stimmen.
- Wahl einer Amtsgerichtspräsidentin oder eines Amtsgerichtspräsidenten der Amtei Olten-Gösgen.  
Gewählt wurde Adnan Begović (parteilos) mit 7'218 Stimmen.
22. Oktober Nationalratswahlen:  
Gewählt wurden Christian Imark (SVP), Simon Michel (FDP.Die Liberalen), Stefan Müller-Altermatt (Die Mitte), Franziska Roth (SP)\*, Felix Wettstein (Grüne), Rémy Wyssmann (SVP)
- Ständeratswahlen:  
Gewählt wurde Pirmin Bischof (CVP) mit 46'086 Stimmen. Franziska Roth (SP) erhielt 30'602 Stimmen, Christian Imark (SVP) erhielt 29'176 Stimmen, Remo Ankli (FDP.Die Liberalen) erhielt 25'585 Stimmen, Felix Wettstein (Grüne) erhielt 14'394 Stimmen, Dieter Künzli (Grünliberale) erhielt 8'701 Stimmen.
19. November 2. Wahlgang Ständeratswahlen:  
Gewählt wurde Franziska Roth (SP) mit 43'668 Stimmen.  
Christian Imark (SVP) erhielt 35'904 Stimmen.

\* Da Franziska Roth am 22. Oktober in den Nationalrat gewählt wurde, konnte als erste Ersatzperson der entsprechenden Liste Farah Rummy (SP) in den Nationalrat nachrücken.

### 8.2. Volksinitiativen

5. Mai Gesetzesinitiative «SO SCHLANK. SO STARK.» (1:85-Initiative)

### 8.3. Standesinitiativen

9. Mai Standesinitiative zur Versorgungssicherheit der Kinder- und Jugendpsychiatrie



#### 8.4. Referenden

Keine

#### 8.5. Volksaufträge

- |            |   |
|------------|---|
| 13. Januar | Dringlicher Volksauftrag «Ausgleichskasse Kanton Solothurn: Verwaltungsrat sofort absetzen!»              |
| 16. März   | Volksauftrag «Schutzunterkünfte für Betroffene von häuslicher Gewalt gewährleisten!»                      |
| 4. Mai     | Volksauftrag «Endlich mehr Demokratie in den Gemeinden!»  |
| 4. Mai     | Volksauftrag «Planungen vor's Volk!»  |
| 22. Mai    | Volksauftrag «Abschaffung der Personalsteuer auf Kantonal Ebene»  |
| 2. Juni    | Volksauftrag «Massnahmenpaket für eine Verbesserung der Verkehrssituation in der Klus bei Balsthal»       |
| 12. Juni   | Volksauftrag «Aufhebung überflüssiger Bushaltestellen, insbesondere Bushaltestelle «Kirche» in Neuendorf» |

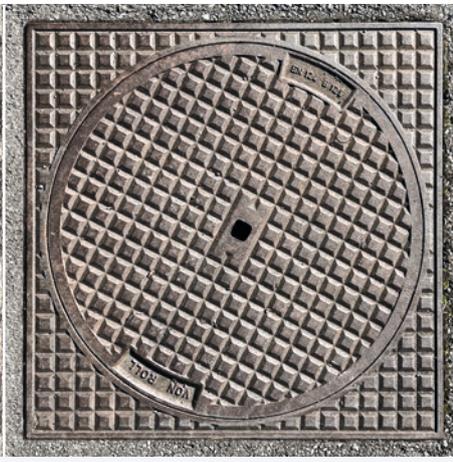
## 8.6. Volksabstimmungen

### Eidgenössische Abstimmungen 2023

2023	Titel	Stimmbeteiligung %	Ja	Nein
18. Juni	Bundesbeschluss vom 16. Dezember 2022 über eine besondere Besteuerung grosser Unternehmensgruppen (Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen)	39,5	55'488	15'544
	Bundesgesetz vom 30. September 2022 über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG)	39,8	38'192	34'023
	Änderung vom 16. Dezember 2022 des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz).	39,8	43'252	28'672

### Kantonale Abstimmung 2023

2023	Titel	Stimmbeteiligung %	Ja	Nein
12. März	Abbau von Schranken beim Staatsbeitrag für Gemeindegemeinschaften; Änderung des Gemeindegesetzes	24,2	25'159	18'215
	Abgeltung der Ertragsausfälle und Mehrkosten an die Solothurner Spitäler und Kliniken aufgrund der Covid-19-Pandemie für das Jahr 2021	24,3	25'366	18'491
18. Juni	Änderung des Gesundheitsgesetzes (GesG): Zulassung von Leistungserbringern im ambulanten Bereich	37,9	42'216	24'385
	Gesetzesinitiative «Zwillingsinitiative 1 – Hände weg vom Katasterwert!»	37,9	27'669	39'202
	Gesetzesinitiative «Zwillingsinitiative 2 – Hände weg von den Abzügen!»	37,9	25'942	40'621
22. Oktober	Neubau «Zentralgefängnis Kanton Solothurn (ZGSO)» in Flumenthal/Deitingen; Bewilligung eines Verpflichtungskredites	46,1	50'826	32'254



### 8.7. Kantonale Vernehmlassungen 2023

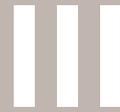
Im Berichtsjahr wurden im Kanton 9 Vernehmlassungsverfahren eröffnet (im Vorjahr 5).

<b>Titel</b>	<b>Departement/Amt</b>
Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG) sowie der Kantonalen Bauverordnung (KBV)	Bau- und Justizdepartement Rechtsdienst
1. Änderung der Verfassung des Kantons Solothurn (KV); 2. Totalrevision des Gesetzes über die Gebäudeversicherung, Brandverhütung, Feuerwehr und Elementarschadenhilfe (Gebäudeversicherungsgesetz; GVG); 3. Änderung des Gebührentarifs (GT)	Volkswirtschaftsdepartement Solothurn. Gebäudeversicherung
Teilrevision Gebührentarif (GT)	Volkswirtschaftsdepartement
Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege	Departement des Innern
Totalrevision des Energiegesetzes (EnG SO)	Volkswirtschaftsdepartement Amt für Wirtschaft und Arbeit
Änderung des Sozialgesetzes; Chancengleichheit, Religion und Integration der ausländischen Bevölkerung sowie Aufhebung der Case-Management-Stelle und der Gemeindearbeitsämter	Departement des Innern Amt für Gesellschaft und Soziales
Totalrevision der Katasterschätzung	Finanzdepartement Kantonales Steueramt
Teilrevision des Jagdgesetzes (JaG)	Volkswirtschaftsdepartement Amt für Wald, Jagd und Fischerei





Finanzieller Überblick



# 1.

## Das Rechnungsergebnis in Kürze

Der Rechnungsabschluss des Kantons Solothurn wird seit 2012 nach dem «Harmonisierten Rechnungslegungsmodell 2 für Kantone und Gemeinden (HRM2)» erstellt.

Die Kennzahlen werden frankengenau berechnet und die Zwischenergebnisse nach der kaufmännischen Grundregel gerundet. Dadurch kann es zu Rundungsdifferenzen kommen.

<b>Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)</b>	<b>RE 22</b>	<b>VA 23</b>	<b>RE 23</b>
Betrieblicher Aufwand	2'419,1	2'477,3	2'520,1
Betrieblicher Ertrag	-2'594,9	-2'414,0	-2'477,5
<b>Betriebsergebnis (Aufwandüberschuss)</b>	<b>-175,8</b>	<b>63,3</b>	<b>42,6</b>
Finanzaufwand	24,3	24,3	23,5
Finanzertrag	-24,0	-24,4	-34,7
<b>Operat. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit (Aufwandüberschuss)</b>	<b>-175,5</b>	<b>63,2</b>	<b>31,5</b>
Wertberichtigungen / a.o. Aufwand / Ertrag	0,0	0,0	-0,5
<b>Operatives Ergebnis (Aufwandüberschuss)</b>	<b>-175,5</b>	<b>63,2</b>	<b>31,0</b>
Abschreibung Finanzfehlbetrag PKSO	27,3	27,3	27,3
<b>Gesamtergebnis (Aufwandüberschuss)</b>	<b>-148,2</b>	<b>90,5</b>	<b>58,3</b>

<b>Investitionsrechnung (in Mio. Franken)</b>	<b>RE 22</b>	<b>VA 23</b>	<b>RE 23</b>
Investitionsausgaben	96,4	114,1	97,7
Investitionseinnahmen	-9,9	-12,9	-11,3
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>86,5</b>	<b>101,2</b>	<b>86,4</b>

<b>Finanzierung (in Mio. Franken)</b>	<b>RE 22</b>	<b>VA 23</b>	<b>RE 23</b>
Bruttoergebnis (Cashflow)	238,3	3,0	45,1
<b>Finanzierungsergebnis (Fehlbetrag)</b>	<b>-151,8</b>	<b>98,2</b>	<b>41,3</b>
<b>Selbstfinanzierungsgrad</b> (Cashflow in % der Nettoinvestitionen)	<b>276%</b>	<b>3%</b>	<b>52%</b>

Mit einem Aufwandüberschuss von 58,3 Mio. Franken schliesst die Rechnung 2023 um 32,2 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Gegenüber dem Vorjahr verschlechtert sich das Gesamtergebnis um 206,5 Mio. Franken.

Die Nettoinvestitionen bleiben mit 86,4 Mio. Franken auf dem Niveau des Vorjahres und liegen 14,8 Mio. Franken (14,6 %) unter Budget.



## 1.1 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2023

Die grössten Abweichungen von mehr als 2 Mio. Franken zwischen dem Voranschlag und der Rechnung 2023 sind aus der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich:

### 1.1.1 Erfolgsrechnung

Mehraufwand (Defiziterhöhende Abweichung)	in Mio. Franken
Spitalbehandlungen KVG	5,8
Wasserwirtschaft	4,5
Abschreibungen Kantonsstrassen	4,4
Taggelder Straf- und Massnahmenvollzug	2,4
Sozialversicherungen Personalamt	2,2
<b>Total Mehraufwand</b>	<b>19,3</b>

Minderertrag (Defiziterhöhende Abweichung)	in Mio. Franken
Bundesanteile	8,8
Verrechnungssteuer	6,3
<b>Total Minderertrag</b>	<b>8,8</b>

Minderaufwand (Defizitsenkende Abweichung)	in Mio. Franken
Globalbudgets gesamthaft	10,2
COVID-19 Gesundheitskosten	8,6
Schulgelder	2,7
Familienzulagen Landwirtschaft	2,3
<b>Total Minderaufwand</b>	<b>23,8</b>

Mehrertrag (Defizitsenkende Abweichung)	in Mio. Franken
Kantonale Steuern	27,2
Staatssteuern JP	13,8
Staatssteuern NP	4,8
Vermögenserträge	2,7
<b>Total Mehrertrag</b>	<b>29,9</b>

Diese grössten Abweichungen führen zu einem um 25,6 Mio. Franken besseren Ergebnis als im Voranschlag 2023 vorgesehen. Insgesamt schliesst die Erfolgsrechnung um 32,2 Mio. Franken besser ab als budgetiert.



### 1.1.2 Investitionsrechnung

Höhere Nettoinvestitionen	in Mio. Franken
Hochbauten Strassenrechnung	3,3
<b>Total</b>	<b>3,3</b>

Tiefere Nettoinvestitionen	in Mio. Franken
Informatikmittel	5,7
Bildungs- und Allgemeinbauten	5,0
Spitalbauten	2,4
Kantonsstrassenbau	2,1
<b>Total</b>	<b>15,2</b>

Diese grössten Abweichungen führen zu 11,9 Mio. Franken tieferen Nettoinvestitionen gegenüber dem Voranschlag 2023. Insgesamt liegen die Nettoinvestitionen 14,8 Mio. Franken unter dem Budget.

## 1.2 Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2022 und Rechnung 2023

Die grössten Abweichungen von mehr als 2 Mio. Franken zwischen der Rechnung 2022 und der Rechnung 2023 sind aus der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich:

### 1.2.1 Erfolgsrechnung

Mehraufwand (Defiziterhöhende Abweichung)	in Mio. Franken
Globalbudgets gesamthaft	31,8
Härtefallregelung COVID-19 (Auflösung Rückstellung 2022) *	20,2
Gesundheitskosten COVID-19 (Auflösung Rückstellung 2022) *	13,3
Prämienverbilligung KVG	12,9
Volksschule	5,0
Ergänzungsleistungen Familien	4,2
Ergänzungsleistungen IV	3,6
Spitalbehandlungen KVG	3,5
Abschreibungen Kantonsstrassen	3,2
Grundstücke und Liegenschaften	2,8
Wasserwirtschaft	2,8
Taggelder Straf- und Massnahmenvollzug	2,6
Abschreibungen Bussen Gerichte	2,4
Ärztliche Weiterbildung	2,2
<b>Total Mehraufwand</b>	<b>110,5</b>

\* 2022 wurde durch die Rückstellungsauflösung der entsprechende Minderaufwand ausgewiesen.



<b>Minderertrag (Defiziterhöhende Abweichung)</b>	<b>in Mio. Franken</b>
Bundesanteile	102,9
Gewinnausschüttung SNB	128,0
NFA	-16,4
Direkte Bundessteuer	-8,9
Motorfahrzeugsteuern	9,6
<b>Total Minderertrag</b>	<b>112,5</b>

<b>Minderaufwand (Defizitsenkende Abweichung)</b>	<b>in Mio. Franken</b>
COVID-19 Impfen	4,7
Finanzausgleich Einwohnergemeinden	2,4
<b>Total Minderaufwand</b>	<b>7,1</b>

<b>Mehrertrag (Defizitsenkende Abweichung)</b>	<b>in Mio. Franken</b>
Kantonale Steuern	6,2
Staatssteuern JP	8,1
Grundstückgewinnsteuer	2,7
Nebensteuern	-5,2
Vermögenserträge	2,5
<b>Total Mehrertrag</b>	<b>8,7</b>

Diese grössten Abweichungen führen zu einem um 207,2 Mio. Franken schlechteren Ergebnis als 2022. Die Abweichung zum Vorjahr beträgt insgesamt 206,5 Mio. Franken.

### 1.2.2 Investitionsrechnung

<b>Höhere Nettoinvestitionen</b>	<b>in Mio. Franken</b>
Kantonsstrassenbau	8,7
Hochbauten Strassenrechnung	7,2
<b>Total</b>	<b>15,9</b>

<b>Tiefere Nettoinvestitionen</b>	<b>in Mio. Franken</b>
Bildungs- und Allgemeinbauten	8,0
Spitalbauten	7,5
<b>Total</b>	<b>15,5</b>

Die grössten Abweichungen führen zu 0,4 Mio. Franken höheren Nettoinvestitionen als im Vorjahr. Insgesamt fallen die Nettoinvestitionen 0,1 Mio. Franken tiefer aus als 2022.

### 1.3 Finanzkennzahlen 2019–2023

Die nachfolgenden Kennzahlen zeigen die Entwicklung der kantonalen Finanzlage anhand der Staatsrechnungen 2019 bis 2023.

Kennzahlen (in Mio. Franken)	2019	2020	2021	2022	2023
Operativer Cash Flow	-180,6	-124,3	-170,7	-238,3	-44,6
Abschreibungen <sup>1</sup>	60,1	59,8	60,9	62,8	76,1
<b>Operat. Ergebnis aus Verw.tätigkeit</b>	<b>-120,5</b>	<b>-64,4</b>	<b>-109,8</b>	<b>-175,5</b>	<b>31,5</b>
Wertberichtigung Finanzvermögen <sup>2/3</sup>	-8,7	-21,9	0,0	0,0	-0,5
<b>Operatives Ergebnis ER</b>	<b>-129,2</b>	<b>-86,3</b>	<b>-109,8</b>	<b>-175,5</b>	<b>31,0</b>
Abschreibung Bilanzfehlbetrag PKSO	27,3	27,3	27,3	27,3	27,3
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-101,9</b>	<b>-59,0</b>	<b>-82,5</b>	<b>-148,2</b>	<b>58,3</b>
<b>Nettoinvestitionen<sup>4</sup></b>	<b>137,5</b>	<b>93,6</b>	<b>75,7</b>	<b>86,5</b>	<b>86,4</b>
<b>Finanzierungsergebnis</b>	<b>-51,9</b>	<b>-52,5</b>	<b>-95,0</b>	<b>-151,8</b>	<b>41,3</b>
<b>Operativer Selbstfinanzierungsgrad</b>	<b>131%</b>	<b>133%</b>	<b>225%</b>	<b>276%</b>	<b>52%</b>
Gesamtabschreibungssatz	3,8%	3,8%	3,8%	4,7%	5,1%
<b>Nettoverschuldung</b>	<b>1'346,1</b>	<b>1'293,6</b>	<b>1'198,5</b>	<b>957,7</b>	<b>999,2</b>
Dito, in Franken pro Einwohner	4'870	4'640	4'260	3'350	3'460
Nettozinsaufwand	14,0	16,7	17,0	13,4	10,4
Nettozinsaufwand in % der Staatssteuern	1,6%	2,0%	2,0%	1,5%	1,1%
<b>Eigenkapital</b>	<b>330,6</b>	<b>416,9</b>	<b>526,7</b>	<b>702,1</b>	<b>671,1</b>
EinwohnerInnen per Ende Jahr	276'469	278'640	281'415	285'901	288'836

1 ohne Abschreibung Bilanzfehlbetrag PKSO (27,3 Mio. Franken)

2 Neubewertung des Finanzvermögens per 31. Dezember 2023

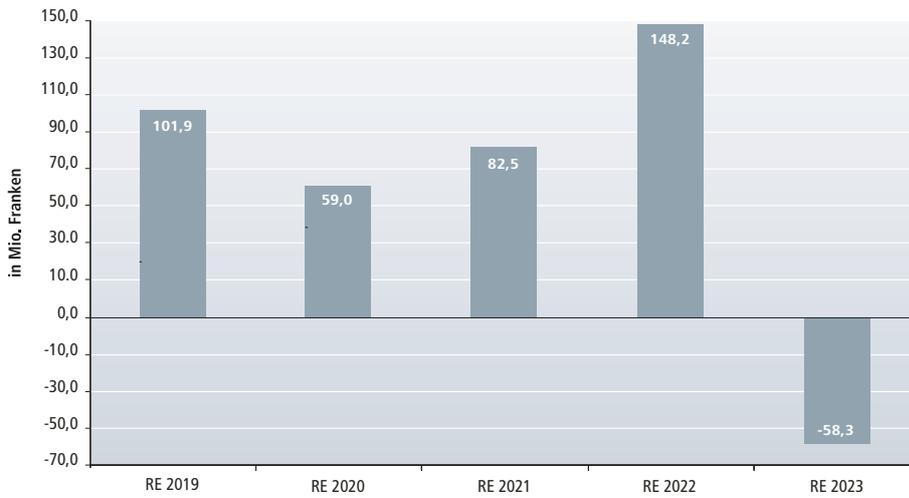
3 Aufwertung Alpiq-Aktien durch Kursgewinn per 31. Dezember 2019 und realisierter Gewinn durch Verkauf 2020

4 ohne Immobilienübertragung soH per 1. Januar 2022

Erstmals seit 2018 wird 2023 ein Aufwandüberschuss ausgewiesen. Der Cash Flow beträgt noch 44,6 Mio. Franken.

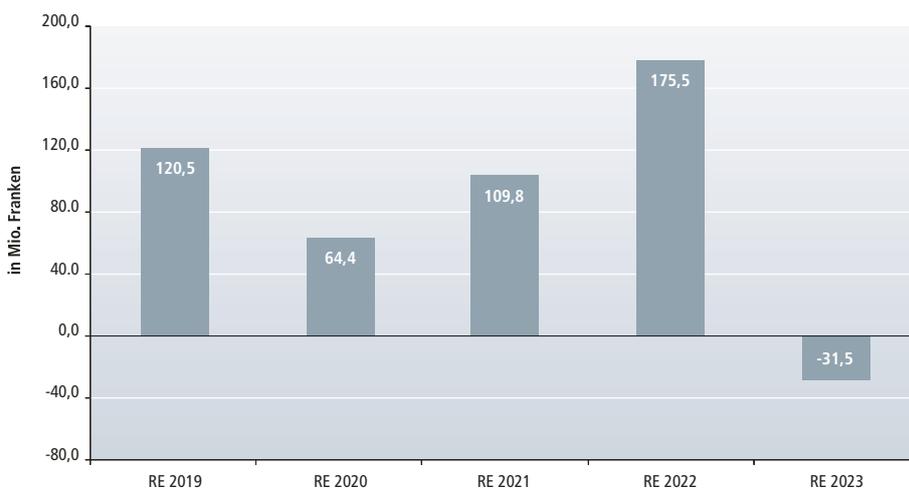


### Gesamtergebnis Erfolgsrechnung

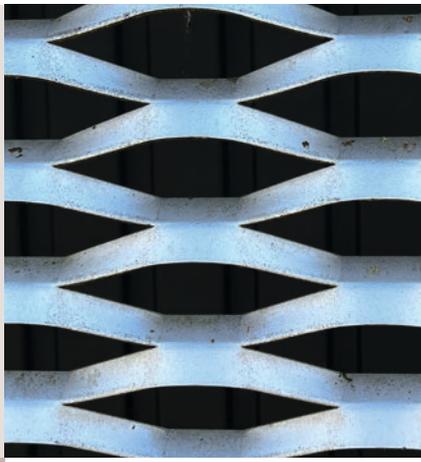


Die Gesamtrechnung 2023 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 58,3 Mio. Franken ab. Dies entspricht einer Verschlechterung von 206,5 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr.

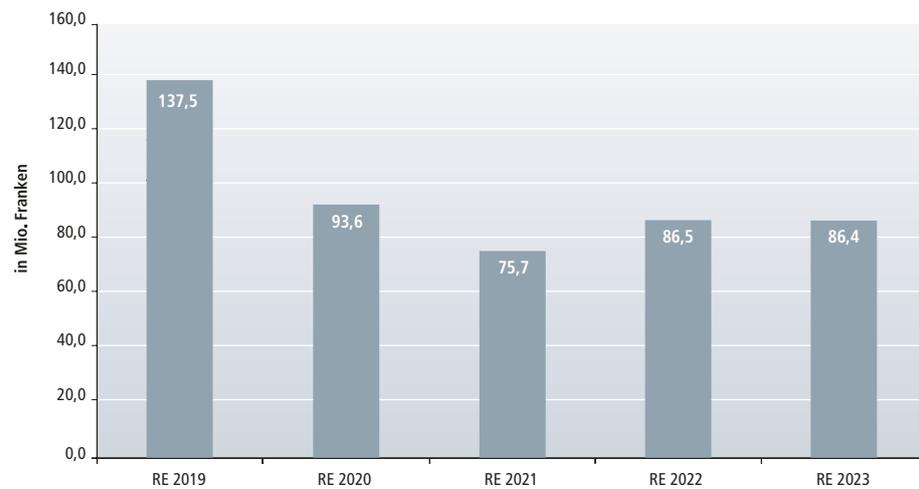
### Operatives Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit



Auch das operative Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit wird erstmals seit 2015 negativ. Der Aufwandüberschuss beträgt 31,5 Mio. Franken. Dies entspricht einer Verschlechterung von 207,0 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr.

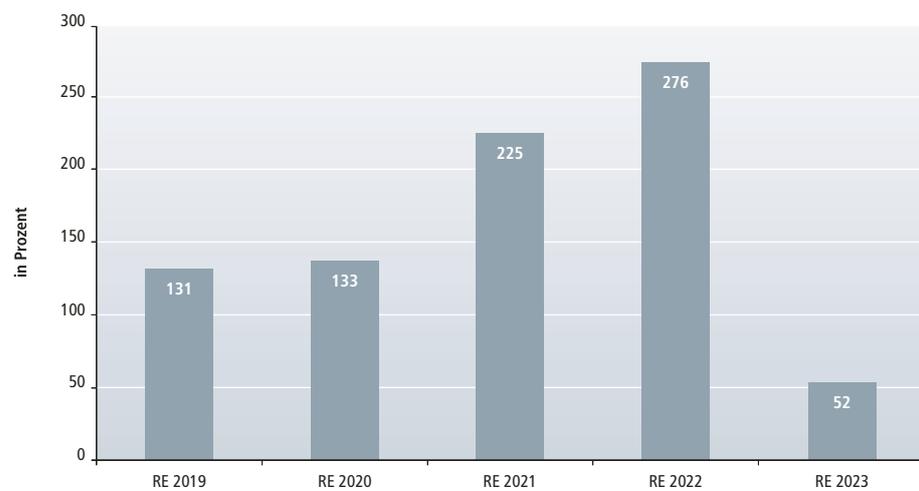


### Nettoinvestitionen

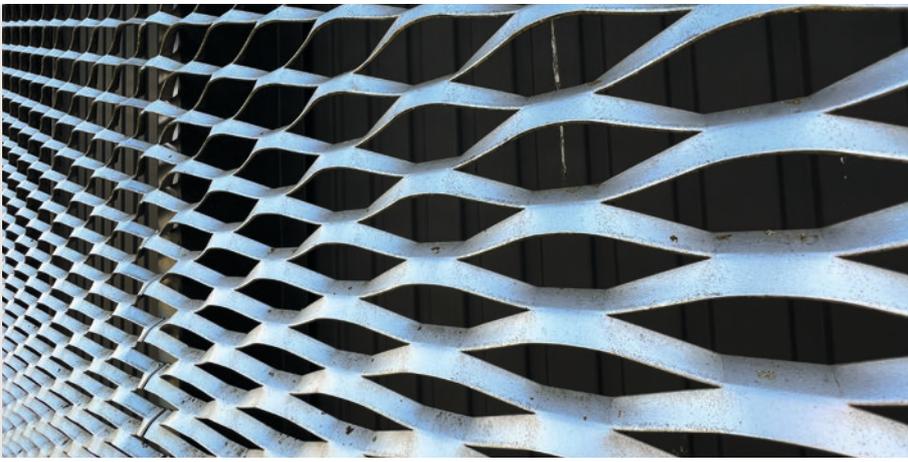


Die Nettoinvestitionen liegen auf dem Niveau des Vorjahres. Budgetiert waren 101,2 Mio. Franken, was eine Abweichung von 14,8 Mio. Franken oder 14,6 % zum Voranschlag 2023 ergibt.

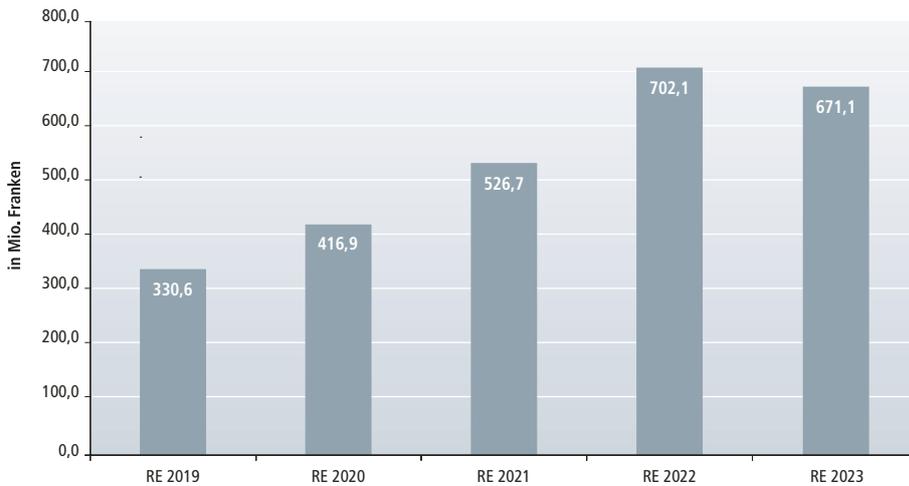
### Operativer Selbstfinanzierungsgrad



Der operative Selbstfinanzierungsgrad fällt auf 52 %. Nebst den laufenden Konsumausgaben können die Investitionen nur noch zur Hälfte aus den Erträgen finanziert werden.

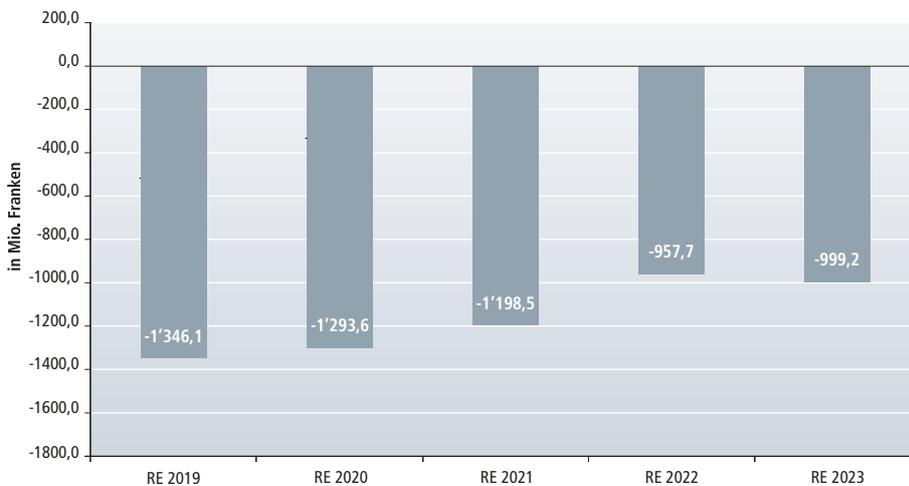


## Eigenkapital



Mit den Spezialfinanzierungen im Eigenkapital, dem Bilanzfehlbetrag Ausfinanzierung PKSO sowie den Rücklagen (Wasserrechnung und Globalbudgetreserven) beträgt das Eigenkapital gesamthaft 671,1 Mio. Franken. Dies entspricht einer Abnahme von 31,0 Mio. Franken bzw. 4,4 % gegenüber dem Vorjahr.

## Nettoverschuldung



Nachdem die Nettoverschuldung per Ende 2022 um 240,8 Mio. Franken bzw. 20 % gesenkt werden konnte, steigt sie per 31. Dezember 2023 um 41,5 Mio. Franken bzw. 4,3 % an. Von der Nettoverschuldung per Ende 2023 sind 846,0 Mio. Franken auf den Bilanzfehlbetrag der Ausfinanzierung der PKSO zurückzuführen.



## 1.4 Ergebnis nach Behörden und Departementen

### 1.4.1 Erfolgsrechnung

#### Behörden

In Mio. Franken	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Aufwand	6,1	6,4	6,4	0,0
Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
Int. Verrechnungen	-1,4	-1,3	-1,4	-0,1
<b>Saldo</b>	<b>4,7</b>	<b>5,1</b>	<b>5,0</b>	<b>-0,1</b>

Im Berichtsjahr ergeben sich keine grösseren Abweichungen. Gegenüber der Rechnung 2022 steigt der Nettoaufwand um 0,3 Mio. Franken infolge zusätzlicher Personalressourcen für die Umsetzung der digitalen Transformation Kantonsrat und erhöhter Beiträge an Direktorenkonferenzen des Regierungsrates.

#### Staatskanzlei

In Mio. Franken	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Aufwand	14,2	15,0	15,3	0,3
Ertrag	-2,4	-2,6	-2,4	0,2
Int. Verrechnungen	-7,4	-7,6	-7,4	0,2
<b>Saldo</b>	<b>4,4</b>	<b>4,8</b>	<b>5,5</b>	<b>0,7</b>

Minderkosten von 0,3 Mio. Franken infolge einer geringeren Anzahl Rechtspraktikanten einerseits und zusätzliche Personal- wie auch Projektkosten in der Höhe von ca. 0,8 Mio. Franken für das am 29. März 2023 vom Kantonsrat genehmigte Impulsprogramm 2023–2025 zur Umsetzung der Digitalisierungsstrategie (SGB 192/2022) andererseits führen in der Rechnung 2023 zu einem um 0,5 Mio. Franken höheren Aufwand gegenüber dem Vorschlag. Im Lehrmittelgeschäft fallen zudem Aufwand und Ertrag gleichermassen um 0,2 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert.

Im Vergleich zur Vorjahresrechnung 2022 führt auf der Aufwandseite – nebst den erwähnten Mehrkosten des Impulsprogramms 2023–2025 in der Höhe von 0,8 Mio. Franken – insbesondere der unterjährige Auf- bzw. Ausbau der Personalressourcen in den Bereichen Digitale Verwaltung, Staatsarchiv und Datenschutz im Laufe des Jahres 2022 sowie die Lohnteuering von 1,5 % zu entsprechenden Mehrkosten von 0,3 Mio. Franken in der Rechnung 2023.

#### Bau- und Justizdepartement

In Mio. Franken	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Aufwand	282,8	282,3	295,4	13,1
Ertrag	-188,1	-171,3	-178,6	-7,3
Int. Verrechnungen	-33,4	-32,0	-33,5	-1,5
<b>Saldo</b>	<b>61,3</b>	<b>79,0</b>	<b>83,3</b>	<b>4,3</b>



Die Erfolgsrechnung des Bau- und Justizdepartements schliesst rund 4,3 Mio. Franken schlechter ab als geplant. Dabei liegt die Summe der Globalbudgetsaldi mit 124,1 Mio. Franken nur minimal über den budgetierten 123,5 Mio. Franken (Abweichung 0,5%). Mehraufwände ergaben sich beim betrieblichen und baulichen Strassenunterhalt (1,8 Mio. Franken), beim Winterdienst (0,6 Mio. Franken) sowie beim Gebäudeunterhalt (1,4 Mio. Franken). Minderaufwand ergab sich auch bei den Personalkosten (2,1 Mio. Franken). Ertragsseitig schliessen die Globalbudgets mit einem Mehrertrag von rund 2,4 Mio. Franken ab.

Der Saldo der Finanzgrössen fiel gegenüber dem Voranschlag um 5,2 Mio. Franken tiefer aus. Der Nettoertrag betrug 7,3 Mio. Franken anstelle der budgetierten 12,5 Mio. Franken. Der Aufwand liegt rund 10,0 Mio. Franken über den budgetierten 101,2 Mio. Franken. Mehraufwand entstand insbesondere bei den Abschreibungen im Strassenbau (4,4 Mio. Franken) und im Hochbau (5,9 Mio. Franken). Weiter entstand nicht vorhersehbarer übriger Sachaufwand in der Höhe von 1,2 Mio. Franken. Demgegenüber steht unter anderem ein Minderaufwand bei den Beiträgen an die Gemeinden von 2,0 Mio. Franken (Reservoirs, Verbindungsleitungen u.ä.). Die grössten Mehrerträge sind bei der Veräusserung von Grundstücken (6,4 Mio. Franken), einer Marktwertanpassung bei den Liegenschaften (1,1 Mio. Franken), der Motorfahrzeugsteuer (0,5 Mio. Franken) sowie bei den Bussen (0,6 Mio. Franken) angefallen. Mindererträge entstanden bei den Beiträgen vom Bund (1,1 Mio. Franken) sowie bei den Beiträgen der Gemeinden (1,3 Mio. Franken). Schliesslich entstand durch den gegenüber des Voranschlages erhöhten Bezugs von Fördergeldern der Energiefachstelle eine Aufwandminderung von 2,1 Mio. Franken bei den Konzessionen.

Die internen Verrechnungen bewegen sich im erwarteten Bereich auf dem Niveau der Vorjahresrechnung.

#### **Departement für Bildung und Kultur**

In Mio. Franken	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Aufwand	492,5	510,0	507,3	-2,7
Ertrag	-68,9	-64,4	-66,6	-2,2
Int. Verrechnungen	27,6	27,9	27,5	-0,4
<b>Saldo</b>	<b>451,2</b>	<b>473,5</b>	<b>468,2</b>	<b>-5,3</b>

Die Rechnung 2023 des Departementes für Bildung und Kultur schliesst mit einem Gesamtsaldo von 468,2 Mio. Franken 5,3 Mio. Franken oder 1,1 % unter dem Voranschlag 2023 ab.

Der Aufwand 2023 liegt 2,8 Mio. Franken oder 0,5 % unter dem Voranschlag 2023 und ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen.

Der Ertrag liegt 2,2 Mio. Franken oder 3,4 % über dem Voranschlag 2023. Die Hauptgründe für den Anstieg sind: Im Heilpädagogischen Schulzentrum wurde aufgrund von mehr Schülerinnen und Schülern ein Mehrertrag von 1,2 Mio. Franken erzielt. Bei der Kantonsschule Solothurn führten mehr ausserkantonale Schülerinnen und Schüler und mehr Schülerinnen und Schüler im 1. Gymnasium (höhere Aufnahmequote) zum Mehrertrag von 0,4 Mio. Franken. Im Bereich Kultur und Sport führten höhere Rückerstattungen für Kurse



sowie der Beiträge aus dem Swisslos-Fonds und Swisslos-Sportfonds infolge der Umsetzung mehrerer Projekte sowie die Schlusszahlung Bundesanteil an COVID-19-Massnahmen zum Mehrertrag von 0,3 Mio. Franken.

Gegenüber der Rechnung 2022 liegt der Aufwand der Rechnung 2023 14,8 Mio. Franken oder 3 % höher. Die im Jahr 2023 gewährte Teuerungszulage von 1,5 % wirkt sich mit 2,9 Mio. Franken aus. Der Anstieg ist vorwiegend im Bereich Volksschule angesiedelt (mehr Schülerinnen und Schüler in den kantonalen Spezialangeboten, aber auch im Bereich integrativer sonderpädagogischer Massnahmen ISM und im Frühbereich 10,4 Mio. Franken, Beiträge an Gemeinden für die Schülerpauschale 5,0 Mio. Franken).

Der Ertrag der Rechnung 2023 liegt 2,3 Mio. Franken oder 3,3 % unter dem Ertrag der Rechnung 2022 und ist hauptsächlich auf die auslaufende Beteiligung der Gemeinden an den sonderschulischen Angeboten (§ 37<sup>bis</sup> i. V. m. § 44<sup>quater</sup> Abs. 1 Volksschulgesetz vom 14. September 1969) zurückzuführen.

#### Finanzdepartement

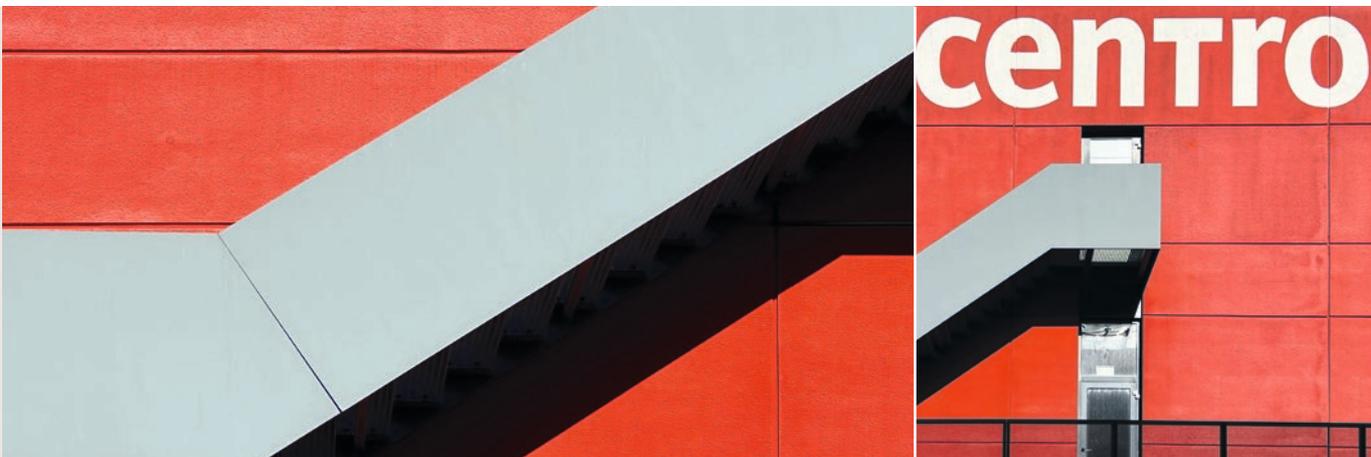
In Mio. Franken	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Aufwand	152,2	160,7	155,1	-5,6
Ertrag	-1'708,5	-1'593,8	-1'612,5	-18,7
Interne Verrechnungen	10,5	7,3	10,8	3,5
<b>Saldo</b>	<b>-1'545,8</b>	<b>-1'425,8</b>	<b>-1'446,6</b>	<b>-20,8</b>

Die Rechnung des Finanzdepartements schliesst bei einem Gesamtsaldo von 1'446,6 Mio. Franken um 20,8 Mio. Franken besser ab als budgetiert.

Der Minderaufwand gegenüber dem Voranschlag ist auf die besseren Ergebnisse der Globalbudgets zurückzuführen. Insbesondere die Globalbudgets des Steueramts (0,7 Mio. Franken) und des Amts für Informatik und Organisation (2,9 Mio. Franken) weisen gegenüber dem Voranschlag einen tieferen Aufwand auf. Ein Minderaufwand ist im Weiteren auch beim Zinsendienst (1,4 Mio. Franken) sowie bei den Abschreibungen und beim Erlass von Steuerforderungen (3,3 Mio. Franken) zu verzeichnen.

Die grössten Veränderungen mit Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag ergaben sich bei den Staatssteuern der natürlichen Personen (1,5 Mio. Franken), bei den Staatssteuern der juristischen Personen (13,8 Mio. Franken), bei der Quellensteuer (3,3 Mio. Franken), bei der Grundstückgewinnsteuer (5,1 Mio. Franken), bei der Erbschaftssteuer und Nachlasssteuer (2,0 Mio. Franken) sowie beim Zinsertrag (2,6 Mio. Franken). Demgegenüber sind Mindererträge zu verzeichnen bei der Direkten Bundessteuer (1,7 Mio. Franken), bei der Verrechnungssteuer (6,3 Mio. Franken) und bei den Handänderungssteuern (1,0 Mio. Franken).

Im Vergleich zur Vorjahresrechnung fällt beim Ertrag vor allem die fehlende Ausschüttung der SNB (Vorjahr 128,0 Mio. Franken) ins Gewicht. Weitere Mindererträge waren bei der Handänderungssteuer (3,9 Mio. Franken) und der Schenkungssteuer (1,1 Mio. Franken) zu verzeichnen. Demgegenüber können Mehrerträge bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen (8,1 Mio. Franken), der Grundstückgewinnsteuer (2,7 Mio. Franken), beim



NFA (16,4 Mio. Franken), beim Anteil der Direkten Bundessteuer (8,9 Mio. Franken) und beim Zinsertrag (2,9 Mio. Franken) ausgewiesen werden. Die Globalbudgets des Finanzdepartements schliessen auf Stufe Globalbudgetsaldo gegenüber dem Vorjahr mit einem Mehraufwand (4,8 Mio. Franken) ab.

#### Departement des Innern

In Mio. Franken	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Aufwand	1'241,2	1'250,9	1'291,8	40,9
Ertrag	-482,0	-438,0	-485,8	-47,8
Int. Verrechnungen	3,9	5,4	4,9	-0,5
<b>Saldo</b>	<b>763,1</b>	<b>818,3</b>	<b>810,9</b>	<b>-7,4</b>

Die Rechnung 2023 des Departements des Innern unterschreitet den Voranschlag um 7,4 Mio. Franken.

Das Gesundheitsamt schliesst um 6,2 Mio. Franken besser als der Voranschlag ab. Hauptgrund sind tiefer ausgefallene Covid-19-Gesundheitskosten (Finanzgrösse) sowie Kosten für Verlustscheine nach KVG (Finanzgrösse). Gleichzeitig lag der Kantonsbeitrag an Spitalbehandlungen (Finanzgrösse) über dem Voranschlag.

Das Amt für Gesellschaft und Soziales schliesst insgesamt 1,7 Mio. Franken unter dem Voranschlag ab. Gründe dafür sind insbesondere eine Ausgleichzahlung für gemeinwirtschaftliche Leistungen im Asylbereich aus Bundesbeiträgen (Finanzgrösse) sowie höhere Arbeitgeberbeiträge bei den Familienergänzungsleistungen (Finanzgrösse).

Das Migrationsamt unterschreitet den Voranschlag um 1,3 Mio. Franken aufgrund von Mehreinnahmen bei den Gebühren und aufgrund eines hohen Verwaltungskostenbeitrages des Bundes. Die damit verbundenen Mehrkosten werden erst in den kommenden Jahren erwartet.

Das Departementssekretariat DDI schliesst aufgrund von unbesetzten Stellen um 0,2 Mio. Franken besser ab als budgetiert.

Die Polizei Kanton Solothurn schliesst aufgrund von Mindereinnahmen bei den Bussen (Finanzgrösse) insgesamt 0,2 Mio. Franken über Budget ab.

Im Bereich des Justizvollzugs wurde der Voranschlag aufgrund von Mehrausgaben bei den Kostgeldern (Finanzgrössen) um 2,3 Mio. Franken überschritten.

#### Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Franken	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Aufwand	253,3	273,7	270,1	-3,6
Ertrag	-164,4	-162,6	-161,8	0,8
Int. Verrechnungen	-2,4	-2,2	-3,7	-1,5
<b>Saldo</b>	<b>86,5</b>	<b>108,9</b>	<b>104,6</b>	<b>-4,3</b>



Führungsunterstützung, Standortförderung, Stiftungsaufsicht und Härtefallmassnahmen schliessen um 1,0 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Die Verbesserung der Rechnung hat im Wesentlichen zwei Gründe: Bei den Härtefallmassnahmen beanspruchte die Prüfung der Auflagen und Bedingungen im Nachgang der Auszahlung von Härtefallbeiträgen weniger Ressourcen als angenommen. Die Unterstützung durch das kantonale Steueramt und dem SECO ist bei der Ermittlung von Fällen mit Missbrauchsverdacht hilfreich. Weiter wurden die vakanten Stellen in der Fachstelle Standortförderung im Berichtsjahr noch nicht besetzt. Auch gab es Personalwechsel im Sekretariat, wobei die offenen Stellen teils nicht sofort wiederbesetzt werden konnten.

Es gab keine Gesuche für Einzelbetriebliche Förderungen nach WAG, da mit der Überführung der Standortförderung ins Departementssekretariat, der Administration der Härtefallprogramme und dem Wechsel in der Führung das Programm noch nicht erarbeitet werden konnte. Der Kantonsanteil an Rückflüssen aus dem Härtefallprogramm betrug 0,1 Mio. Franken. Bei der Umsetzung Neue Regionalpolitik 2020–2023 gab es weniger Projekteingaben als erwartet und entsprechend 0,4 Mio. Franken tiefere Ausgaben.

Wirtschaft und Arbeit schliesst um 0,1 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Verschiedene kleine Abweichungen ergaben dieses leicht bessere Resultat. Der AVIG-Beitrag fiel um 0,2 Mio. Franken höher aus als budgetiert.

Die Energiefachstelle schliesst um 0,3 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass mehrere offene Stellen erst später als geplant besetzt werden konnten. Der Anteil Förderbeiträge am Investitionsvolumen liegt aufgrund des angespannten Marktumfeldes unter den Erwartungen. Weiter konnten mehr offene Projekte aus dem Vorjahr abgeschlossen werden. Ebenso mussten aufgrund der erzielten Wirkung die verfügbaren Bundesmittel aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe für den Kanton Solothurn etwas weniger gekürzt werden als erwartet. Ausserdem gab es eine tiefere Nachfrage für den Gebäudeenergieausweis (GEAK).

Gemeinden und Zivilstandsdienst schliesst um 0,3 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Das entspricht einer Verbesserung des Ergebnisses um rund 8 % gegenüber dem Voranschlag. Dazu beigetragen haben primär nicht angefallene Lohnkosten auf Grund von Vakanz. Der Personalaufwand liegt rund 0,1 Mio. Franken unter dem veranschlagten Wert. Weiter wurde das Legislaturziel «Gemeindelandschaft weiterentwickeln» erst Ende 2023 initialisiert, weshalb geplante Projektkosten von 0,1 Mio. Franken noch nicht angefallen sind. Auf der Ertragsseite konnten Mehrerträge bei den Zivilstandsgebühren und bei den Einbürgerungsgebühren, insgesamt 0,2 Mio. Franken, gegenüber dem Voranschlag verbucht werden. Der budgetierte Staatsbeitrag von 0,9 Mio. Franken an den Finanzausgleich Kirchgemeinden wird im Jahr 2023 nicht benötigt, da der Ertrag aus der Finanzausgleichsteuer höher als der Gesamtverteilungsbetrag von 10 Mio. Franken ausfällt.

Wald, Jagd und Fischerei schliesst um 0,5 Mio. Franken und somit um 11 % besser ab als budgetiert. In der Produktgruppe Wald sind dafür in erster Linie Erhöhungen der Bundesbeiträge für Jungwaldpflege und Schutzwald (allerdings gekoppelt mit ebensolchen Ausgaben) sowie erfreuliche Erträge im Staatswald verantwortlich. Die Erträge stiegen vor allem aufgrund gestiegener Holzpreise. In der Produktgruppe Jagd und Fischerei sind es deutlich niedrigere Ausgaben im Bereich Wildschaden sowie externe Auftragsvergaben,



welche auf die Folgejahre verlegt werden mussten. 2023 wurden weniger Rodungen ausgeführt als in den Vorjahren. Dies führte zu einem kleinen Einbruch bei den Rodungsabgaben und damit um 0,2 Mio. Franken tiefere Einnahmen des Forstfonds. Somit konnte 2023 das Ziel einer schwarzen Null im Forstfonds nicht erreicht werden und der Saldo per Ende 2023 reduzierte sich auf knapp 2,3 Mio. Franken. Es gab weniger realisierte Wegsanierungen (bei gleichzeitiger Ausschöpfung der Bundesbeiträge) und somit 0,1 Mio. Franken weniger Beiträge daran. Dafür gab es Mehrausgaben von 0,8 Mio. Franken für grosse Schutzbauten-Projekte, da mehrere Projekte zeitlich zusammenfielen (Kleinlützel, Trimbach, Balsthal).

Die Landwirtschaft schliesst um 0,7 Mio. Franken und somit um 5 % besser ab als budgetiert. Das bessere Ergebnis ist auf folgende Hauptfaktoren zurückzuführen:

- ▮ Das Ressourcenprogramm «Humus» ist ausgelaufen und benötigte weniger Mittel. Das Nachfolgeprogramm «Staffelkulturen» wird erst im 2024 Beiträge beanspruchen.
- ▮ Die effiziente Umsetzung von neuen Bewirtschaftungsmassnahmen (Absenkpfade Nährstoffe und PSM, Schleppschlauchpflicht), die Verzögerung bei den Nachfolgeprojekten der Landschaftsqualitätsbeiträge und geringerer Aufwand beim Leistungsauftrag an die Solothurnische Landwirtschaftliche Kreditkasse führten zu einer Budgetunterschreitung für Leistungen von Dritten.
- ▮ Rückstellungen für gefährdete Ertragspositionen konnten aufgelöst werden.
- ▮ Die hohe Nachfrage nach Weiterbildungsangeboten am Wallierhof sowie die Zunahme der Schlachtungen im Grossbetrieb führten zu höheren Umsätzen als geplant.

Militär und Bevölkerungsschutz schliesst um 0,2 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Mehreinnahmen bei den Disziplinarstrafgeldern und tiefere Unterhaltskosten im VESO führen zu diesem leicht besseren Ergebnis.

#### Gerichte

In Mio. Franken	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Aufwand	28,4	29,7	30,3	0,6
Ertrag	-4,6	-5,4	-5,6	-0,2
Int. Verrechnungen	2,6	2,5	2,8	0,3
<b>Saldo</b>	<b>26,4</b>	<b>26,8</b>	<b>27,5</b>	<b>0,7</b>

Das Ergebnis der Erfolgsrechnung wird primär durch zwei Positionen beeinflusst. Bei den Aufwänden fielen die Personalkosten aufgrund von Vakanzen und einem verzögerten Personalaufbau tiefer aus als budgetiert. Gleichzeitig überstiegen bei den Finanzgrössen die Aufwandpositionen «Honorare amtliche Verteidigung», «Unentgeltliche Rechtspflege», «Entschädigungen für Freigesprochene» und «Prozedurkosten» den Voranschlag 2023. Bei der Ertragsposition «Diverse Gebühren» wurde deutlich mehr eingenommen als budgetiert. Bis auf die Personalkosten handelt es sich um Finanzgrössen, welche vom Prozessanfall und -ausgang sowie von den jeweiligen Fallkonstellationen abhängen. Sie sind nicht steuer- und nicht planbar.



## 1.4.2 Investitionsrechnung

### Staatskanzlei

In Mio. Franken	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Ausgaben	0,0	0,0	0,0	0,0
Einnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

Für das Impulsprogramm SO!Digital 2023–2025 hat der Kantonsrat am 29. März 2023 einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 6,3 Mio. Franken bewilligt, ebenso einen Nachtragskredit in der Höhe von 1,9 Mio. Franken zur Investitionsrechnung VA23 (SGB 192/2022). Die bisher tatsächlich aufgelaufenen Projektausgaben 2023 in der Höhe von 0,5 Mio. Franken wurden nun stattdessen direkt über die Erfolgsrechnung verbucht (Globalbudget «Dienstleistungen der Staatskanzlei»).

### Bau- und Justizdepartement

In Mio. Franken	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Ausgaben	79,4	89,8	79,7	-10,1
Einnahmen	-4,1	-8,5	-5,8	2,7
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>75,3</b>	<b>81,3</b>	<b>73,9</b>	<b>-7,4</b>

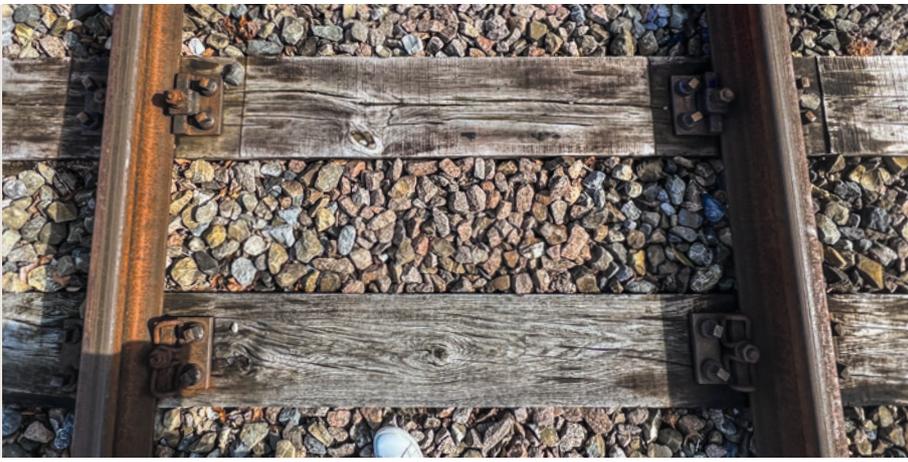
Im Jahr 2023 wurde der Voranschlag der Nettoinvestitionen im Bereich des Bau- und Justizdepartement um rund 7,4 Mio. Franken unterschritten. Die Nettoinvestitionen lagen damit bei 73,9 Mio. Franken. Im Strassenbau fielen die Nettoinvestitionen infolge Projektverzögerungen um 2,2 Mio. Franken tiefer als budgetiert aus. Im Wasserbau wurde der Voranschlag um 1,2 Mio. Franken unterschritten. Im Hochbau lagen die Nettoinvestitionen aufgrund von Projektverzögerungen und -verschiebungen bei 36,9 Mio. Franken und damit um 4,1 Mio. Franken unter dem Voranschlag.

### Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Franken	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Ausgaben	2,8	2,3	2,8	0,5
Einnahmen	-2,9	-1,7	-2,5	-0,8
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-0,1</b>	<b>0,6</b>	<b>0,3</b>	<b>-0,3</b>

Die Ausgaben der Rechnung 2023 liegen 0,5 Mio. Franken oder 21,7 % über dem Voranschlag. Die Einnahmen liegen 0,8 Mio. Franken oder 47 % über dem Voranschlag. Der Hauptgrund für die Abweichungen liegt bei den Investitionsbeiträgen an die Organisationen der Arbeitswelt. Es sind mehr Gesuche eingegangen und es wurden mehr Beiträge ausbezahlt. Diese Ausgaben werden vollständig über die Bundesbeiträge finanziert. Entsprechend liegen auch die Einnahmen höher (0,6 Mio. Franken).

Bei den Ausgaben der Jahre 2022 und 2023 gibt es keine Veränderung.



Die Einnahmen des Jahres 2023 liegen 0,4 Mio. Franken oder 13,8 % unter der Rechnung 2022. Weniger zurückbezahlte Darlehen und tiefere Bundesbeiträge sind die Hauptgründe für diesen Rückgang. Die Darlehen sind innert acht Jahren nach Abschluss zurückzuzahlen. Davon sind die ersten vier Jahre zinsfrei. Auf den Zeitpunkt der Rückzahlung hat die Stipendienabteilung keinen Einfluss.

#### Finanzdepartement

In Mio. Franken	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Ausgaben	5,8	13,0	7,3	-5,7
Einnahmen	-0,3	0,0	0,0	0,0
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>5,5</b>	<b>13,0</b>	<b>7,3</b>	<b>-5,7</b>

Die im Vergleich zum Voranschlag tieferen Ausgaben im Berichtsjahr sind begründet durch Terminverschiebungen, angepasste Zahlungspläne, Ressourcenengpässe auf Seiten Leistungserbringer und Leistungsbezüger.

#### Departement des Innern

In Mio. Franken	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Ausgaben	4,0	3,3	2,4	-0,9
Einnahmen	-0,5	0,0	-0,5	-0,5
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>3,5</b>	<b>3,3</b>	<b>1,9</b>	<b>-1,4</b>

Die Investitionsrechnung schliesst mit Nettoausgaben von 1,9 Mio. Franken tiefer ab als budgetiert. Gründe dafür sind vor allem bauliche oder lieferbedingte Verzögerungen bei Projekten in Abhängigkeit von Dritten bei der Polizei Kanton Solothurn (0,9 Mio. Franken) sowie die Rückzahlung eines Darlehens in Höhe von 0,5 Mio. Franken im Gesundheitsamt.

#### Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Franken	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Ausgaben	4,3	5,8	5,6	-0,2
Einnahmen	-2,2	-2,7	-2,5	0,2
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>2,1</b>	<b>3,1</b>	<b>3,1</b>	<b>0,0</b>

Bei den Investitionen gab es keine wesentlichen Abweichungen.



## 1.5 Globalbudgets

Globalbudgetsaldo (in Mio. Franken)	RE 22	VA 23	RE 23	Diff. abs. RE/VA 23	Diff. in % RE/VA 23
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	0,8	1,0	1,0	-0,1	-5,6 %
Dienstleistungen der Staatskanzlei	9,2	9,8	10,3	0,5	5,0 %
Drucksachen und Lehrmittel	2,6	2,6	2,7	0,0	0,1 %
Führungsunterstützung BJD und amtliche					
Geoinformation	3,9	4,7	4,2	-0,5	-11,2 %
Raumplanung	3,1	4,0	3,7	-0,3	-7,1 %
Hochbau	25,9	26,4	27,4	1,0	3,7 %
Strassenbau	29,0	29,6	32,3	2,7	9,0 %
Öffentlicher Verkehr	37,8	37,7	37,0	-0,7	-1,9 %
Umwelt	9,2	10,4	10,4	0,0	-0,1 %
Denkmalpflege und Archäologie	3,1	3,2	3,3	0,1	4,0 %
Administrative und technische					
Verkehrssicherheit	-3,8	-3,2	-4,0	-0,8	24,2 %
Staatsanwaltschaft	7,0	7,8	6,8	-1,0	-12,6 %
Jugendanwaltschaft	3,1	2,9	3,0	0,1	4,4 %
Führungsunterstützung DBK	10,2	10,7	8,9	-1,8	-16,6 %
Volksschule	87,0	95,6	99,1	3,5	3,7 %
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	9,9	10,7	10,3	-0,4	-3,8 %
Mittelschulbildung	38,9	41,0	40,8	-0,2	-0,5 %
Berufsschulbildung	32,1	34,7	33,1	-1,5	-4,5 %
Kultur und Sport	8,7	9,1	8,8	-0,3	-2,8 %
Führungsunterstützung FD und					
Amtschreibereiaufsicht	1,7	1,8	1,9	0,1	7,0 %
Amtschreiberei-Dienstleistungen	-11,0	-10,5	-9,7	0,8	-7,6 %
Finanzen und Statistik	-0,7	0,0	0,1	0,2	n. a.
Personalwesen	4,2	4,5	4,8	0,4	8,0 %
Steuerwesen	13,7	16,0	14,6	-1,4	-8,8 %
Informationstechnologie	19,2	23,1	20,2	-2,9	-12,6 %
Staatsaufsichtswesen	1,2	1,3	1,2	-0,1	-8,2 %
Führungsunterstützung Ddl,					
Swisslos-Fonds und Oberämter	4,6	5,1	4,9	-0,2	-4,0 %
Gesundheitsversorgung	44,4	47,2	45,4	-1,8	-3,8 %
Gesellschaft und Soziales	15,0	16,7	16,7	0,1	0,4 %
Migration	3,8	4,5	3,2	-1,3	-27,9 %



<b>Globalbudgetsaldo (in Mio. Franken)</b>	<b>RE 22</b>	<b>VA 23</b>	<b>RE 23</b>	<b>Diff. abs. RE/VA 23</b>	<b>Diff. in % RE/VA 23</b>
Justizvollzug	8,0	8,7	8,7	0,0	-0,3 %
Polizei	86,8	90,8	90,3	-0,5	-0,6 %
Führungsunterstützung VWD, Standortförderung, Aussenkontakte und Stiftungsaufsicht	2,6	5,0	4,2	-0,8	-16,5 %
Wirtschaft und Arbeit	2,7	0,7	0,6	-0,1	-11,8 %
Energiefachstelle	0,6	1,0	0,7	-0,3	-32,2 %
Gemeinden und Zivilstandsdienst	2,7	3,3	2,9	-0,4	-12,1 %
Wald, Jagd und Fischerei	3,1	4,0	3,4	-0,5	-13,6 %
Landwirtschaft	9,3	10,2	9,6	-0,6	-6,1 %
Militär und Bevölkerungsschutz	4,8	4,9	4,7	-0,2	-3,2 %
Gerichte	17,9	17,3	16,4	-0,9	-5,4 %
<b>Total Aufwandüberschuss</b>	<b>552,3</b>	<b>594,2</b>	<b>584,1</b>	<b>-10,2</b>	<b>-1,7 %</b>

## 2. Rahmenbedingungen

Materiell waren vor allem die folgenden finanzpolitischen Rahmenbedingungen und Budgetbeschlüsse zu berücksichtigen:

### **Konjunkturdaten 2023**

Die Expertengruppe des Bundes geht für 2023 von einem sporteventbereinigten BIP-Wachstum von 1,3 % aus (Stand 15. Dezember 2023). Es deutet alles auf eine moderate Entwicklung der Schweizer Wirtschaft in naher Zukunft hin. Die Arbeitslosenquote liegt mit 2,0 % leicht unter dem Vorjahr (2,2 %) und auch der Landesindex der Konsumentenpreise ist mit 2,1 % stark zurückgegangen. Lag die Teuerung 2022 doch noch bei durchschnittlichen 2,8 %.

### **Staatssteuer**

Die Staatssteueransätze blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert und betragen für natürliche Personen 104 % und für juristische Personen 100 %. Die vollständige Umsetzung der STAF führte 2022 zu weniger Mindererträgen als erwartet, so dass im Voranschlag 2023 höhere Staatssteuererträge budgetiert wurden. Diese konnten sowohl bei den natürlichen Personen als auch bei den juristischen Personen übertroffen werden.

### **Löhne**

Im Herbst 2022 haben sich die Vertragsparteien auf einen Teuerungsausgleich von 1,5 % ab dem 1. Januar 2023 geeinigt (RRB Nr. 2022/1659 vom 7. November 2022). Im Voranschlag 2023 wurde in der Folge der Personalaufwand um 7,4 Mio. Franken erhöht und weitere 2,5 Mio. Franken für Schülerpauschalen, Beiträge an Sonderschulen und -heime, Musikschulen, die Stiftung Zentralbibliothek Solothurn sowie an das Museum Altes Zeughaus, welche ebenfalls abhängig sind von der Teuerung, eingestellt.

### **Ausfinanzierung Pensionskasse des Kantons Solothurn (PKSO)**

Nach dem Volksentscheid vom 28. September 2014 wurde die Pensionskasse Kanton Solothurn für 1,1 Mrd. Franken ausfinanziert. Die Abschreibungskosten des Finanzfehlbetrages von jährlich 27,3 Mio. Franken während den nächsten 40 Jahren sind in der Rechnung 2023 enthalten. Ebenfalls sind die Leistungen der Versicherten, der Solothurner Spitäler AG (soH) und der Schulgemeinden entsprechend mitberücksichtigt (4,5 % der Arbeitgeberbeiträge an die Ausfinanzierungskosten). Per 31. Dezember 2023 beträgt der Stand des Ausfinanzierungsdarlehens gegenüber der PKSO noch 264,1 Mio. Franken.

### **Treibstoffzollanteil, LSVA und Globalbeiträge Hauptstrassen**

Der Allgemeine Treibstoffzollanteil von 7,8 Mio. Franken (Vorjahr: 8,0 Mio. Franken) sowie die Globalbeiträge des Bundes an die Hauptstrassen gemäss NFA von 2,3 Mio. Franken (analog dem Vorjahr) wurden vollumfänglich der Strassenrechnung zugewiesen. Der Ertrag aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) von 13,0 Mio. Franken (Vorjahr: 13,5 Mio. Franken) wurde zur Hälfte der Strassenrechnung zugewiesen.



### **Rückstellungen**

Mit dem Rechnungsabschluss 2023 wurde folgende Rückstellung erhöht:

- ▮ Bürgschaftsverluste Wirtschaftsförderung 0,2 Mio. Franken

Folgende Rückstellungen wurden vermindert:

- ▮ Planungsmehrwert Attisholz-Süd 1,9 Mio. Franken
- ▮ Dienststellen 1,3 Mio. Franken

Folgende Rückstellungen wurden aufgelöst:

- ▮ Ertragsausfälle Spitäler (COVID-19) 8,2 Mio. Franken

### **Verzinsung Spezialfinanzierung**

Im Rechnungsjahr 2023 wurde, wenn es das Gesetz explizit vorsieht, eine Verzinsung der Spezialfinanzierungen vorgenommen.

### **Formelle Grundlage**

Formell richtet sich der Geschäftsbericht 2023 nach der per 1. Januar 2005 in Kraft getretenen WoV-Gesetzgebung (Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003; WoV-G; BGS 115.1). Für den Geschäftsbericht findet insbesondere § 24 WoV-G Anwendung.

### 3.

## Die grössten Aufwandpositionen

### 3.1 Besoldungskosten

Vergleich der Besoldungskosten Voranschlag/Rechnung 2023 (in Mio. Franken):

Departement	VA 23	RE 23	Diff. abs.	Diff. %
Behörden	3,3	3,3	0,0	-0,4 %
Staatskanzlei	6,5	6,3	-0,2	-3,0 %
Bau und Justiz	58,1	56,0	-2,1	-3,7 %
<b>Bildung und Kultur</b>				
– Lehrkräfte	88,2	87,3	-0,8	-0,9 %
– Verwaltungspersonal	38,1	39,2	1,2	3,1 %
Finanz	58,2	57,3	-0,9	-1,5 %
Inneres	114,6	112,7	-2,0	-1,7 %
Volkswirtschaft	38,6	37,0	-1,6	-4,1 %
<b>Gerichte</b>				
– Richter	5,4	4,8	-0,5	-9,5 %
– Verwaltungspersonal	12,8	12,5	-0,3	-2,5 %
<b>Total Besoldungen</b>	<b>423,8</b>	<b>416,6</b>	<b>-7,2</b>	<b>-1,7 %</b>

Die obige Tabelle zeigt, dass die Besoldungen gegenüber dem Voranschlag 7,2 Mio. Franken oder 1,7 % tiefer ausgefallen sind. Die wesentlichsten Abweichungen erklären sich wie folgt:

- In der Staatskanzlei führte die geringe Anzahl von Rechtspraktikanten zu tieferen Besoldungskosten.
- Im Bau- und Justizdepartement wurden die veranschlagten Besoldungskosten aufgrund verschiedener Vakanzen und länger dauernden Wiederbesetzungen unterschritten (insbesondere Motorfahrzeugkontrolle, Hochbauamt, Amt für Verkehr und Tiefbau, Amt für Geoinformation, Amt für Raumplanung und Amt für Umwelt).
- Im Departement für Bildung und Kultur umfasst das Verwaltungspersonal auch Schulhilfen sowie Sozialbetreuerinnen und Sozialbetreuer im Heilpädagogischen Schulzentrum (HPSZ). Sowohl die Budgetunterschreitung bei den Lehrkräften als auch die Überschreitung beim Verwaltungspersonal ist im HPSZ angesiedelt. Aufgrund des Fachkräftemangels konnten nicht wie geplant Lehr- und Logopädiepersonen rekrutiert werden. In Olten, Solothurn und Balsthal wurden Bereichsleitungen für den Kognitionsbereich aufgebaut und somit zusätzliche Stellen geschaffen. Als Vorgabe von optiSO+ hat Olten auf das neue Schuljahr hin grössere Klassen gebildet. Dadurch werden mehr Schulhilfen im Kognitions- und im Verhaltensbereich benötigt. In Solothurn wurde eine neue SpezA VK-Klasse eröffnet und in Balsthal steigt die Anzahl der Schülerinnen und Schüler. Es werden mehr Schulhilfen und Sozialpädagogen benötigt, da die Rekrutierung von Lehrpersonen schwierig ist.
- Der Minderaufwand beim Finanzdepartement resultiert aus Stellen beim Steueramt und bei den Amtschreibereien, die nicht oder nur verzögert besetzt werden konnten.



- Im Departement des Innern wurden die veranschlagten Besoldungskosten hauptsächlich durch längerfristige Vakanzen, Fluktuationen sowie die raschere Aufhebung der im Voranschlag enthaltenen befristeten Stellen zur Bewältigung der Corona-Pandemie unterschritten.
- Im Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) konnte gegenüber dem Vorjahr aufgrund der rückläufigen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeitsentschädigungen, bei der Arbeitslosenkasse (ALK) und den Regionalen Arbeitsvermittlungen (RAV), das Personal reduziert werden. Bei der Fachstelle Standortförderung blieben zwei Vakanzen unbesetzt. Bei den Härtefallmassnahmen wurde die budgetierte Stelle nicht besetzt und als Auftrag extern vergeben. Am Wallierhof werden dank hoher Nachfrage in der landwirtschaftlichen Grundbildung weiterhin zwei zusätzliche Klassen geführt. In der Landwirtschaft waren im Bereich Lebensmittelsicherheit wegen den deutlich höheren Schlachtzahlen im Grossbetrieb mehr personellen Ressourcen erforderlich. Bei den restlichen Ämtern ergaben sich dagegen nur unwesentliche Änderungen bei den Personalkosten.
- Die Differenz bei den Besoldungskosten der Richterinnen und Richter ist auf Vakanzen und Planungsunschärfen im Zusammenhang mit neu zu besetzenden Richterstellen zurückzuführen. Auch die Kommissions- und Sitzungsgelder des Steuergerichts und der Schätzungskommission fielen tiefer aus.

Vergleich der Besoldungskosten Rechnung 2022/Rechnung 2023 (in Mio. Franken):

Departement	RE 22	RE 23	Diff. abs.	Diff. %
Behörden	3,2	3,3	0,1	3,9%
Staatskanzlei	5,8	6,3	0,5	9,3%
Bau und Justiz	55,1	56,0	0,9	1,6%
<b>Bildung und Kultur</b>				
– Lehrkräfte	85,9	87,3	1,4	1,6%
– Verwaltungspersonal	37,2	39,2	2,0	5,4%
Finanz	55,6	57,3	1,7	3,1%
Inneres	111,5	112,7	1,2	1,1%
Volkswirtschaft	37,3	37,0	-0,3	-0,9%
<b>Gerichte</b>				
– Richter	4,8	4,8	0,0	0,5%
– Verwaltungspersonal	11,6	12,5	0,9	8,2%
<b>Total Besoldungen</b>	<b>408,1</b>	<b>416,6</b>	<b>8,5</b>	<b>2,1%</b>

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Besoldungsaufwand um 8,5 Mio. Franken oder 2,1 %. Ein grosser Teil dieses Kostenanstiegs liegt am Teuerungsanpassung von 1,5 %, der ab 1. Januar 2023 auf allen Löhnen ausbezahlt wurde. Zusätzlich zu erwähnen sind:



- ▮ Eine leichte Zunahme der Besoldungskosten bei den Behörden hat sich mit dem Aufbau von Personalressourcen für das Projekt Ratsinformationssystem RIS ergeben.
- ▮ In der Staatskanzlei führte insbesondere der Aufbau zusätzlicher Personalressourcen im Zusammenhang mit der Umsetzung der kantonalen Digitalisierungsstrategie SO!Digital (Impulsprogramm 2023–2025, SGB 192/2022) zu einem markanten Anstieg der Besoldungskosten.
- ▮ Die Zunahme im Bau- und Justizdepartement ist hauptsächlich auf die Teuerungszulage zurückzuführen.
- ▮ Im Departement für Bildung und Kultur wirkt sich die im Jahr 2023 gewährte Teuerungszulage von 1,5 % mit 2,9 Mio. Franken aus. Das Verwaltungspersonal umfasst auch Schulhilfen sowie Sozialbetreuerinnen und Sozialbetreuer im HPSZ. Mehr Schülerinnen und Schüler an den Mittelschulen (MAR und FMS) führten ebenfalls zum Anstieg bei den Lehrkräften.
- ▮ Im Finanzdepartement ist die Zunahme der Besoldungskosten auf zusätzliche Stellen beim Steueramt und beim Amt für Informatik und Organisation zurückzuführen.
- ▮ Die Zunahme der Besoldungskosten im Departement des Innern ist vorwiegend auf den bewilligten Stellenaufbau der Polizei Kanton Solothurn und die Integration der Stadtpolizei Grenchen zurückzuführen.
- ▮ Im Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) konnte gegenüber dem Vorjahr aufgrund der rückläufigen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeitsentschädigungen, bei der Arbeitslosenkasse (ALK) und den Regionalen Arbeitsvermittlungen (RAV), das Personal reduziert werden. Am Wallierhof werden dank hoher Nachfrage in der landwirtschaftlichen Grundbildung weiterhin zwei zusätzliche Klassen geführt. In der Landwirtschaft waren im Bereich Lebensmittelsicherheit wegen den deutlich höheren Schlachtzahlen im Grossbetrieb mehr personelle Ressourcen erforderlich. Bei den restlichen Ämtern ergaben sich dagegen nur unwesentliche Änderungen bei den Personalkosten.
- ▮ Die Besoldungskosten der Gerichte spiegeln den Personalaufbau wider.

### 3.1.1 Pensenübersicht

In der folgenden Tabelle wird die Veränderung der Stellenprozente pro Globalbudget gegenüber dem Vorjahr ersichtlich. Dazu zählen alle Mitarbeitenden und Lehrpersonen, welche unbefristet, befristet oder stundenweise mit variablem Pensum angestellt sind.

GB-Name	31.12.2022	31.12.2023	absolut	in %
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	6,1	7,8	1,7	27,9 %
Dienstleistungen der Staatskanzlei	40,7	44,1	3,4	8,4 %
Drucksachen / Lehrmittel	6,5	6,2	-0,3	-4,6 %
<b>Total Behörden/Staatskanzlei</b>	<b>53,3</b>	<b>58,1</b>	<b>4,8</b>	<b>9,0 %</b>
Führungsunterstützung BJD und amtliche Geoinformation	23,2	25,0	1,8	7,8 %
Raumplanung	27,1	25,4	-1,7	-6,3 %
Hochbau	64,8	65,5	0,7	1,1 %
Strassenbau	118,7	121,1	2,4	2,0 %
Öffentlicher Verkehr	4,5	4,5	0,0	0,0 %

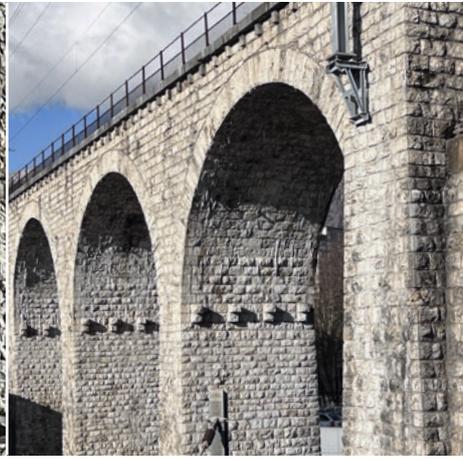


GB-Name	31.12.2022	31.12.2023	absolut	in %
Umwelt	53,1	53,3	0,2	0,4 %
Denkmalpflege und Archäologie	14,9	15,8	0,9	6,0 %
Administrative und technische Verkehrssicherheit	101,2	102,6	1,4	1,4 %
Staatsanwaltschaft	76,1	77,3	1,2	1,6 %
Jugendanwaltschaft	7,7	8,5	0,8	10,4 %
<b>Total Bau- und Justizdepartement</b>	<b>491,3</b>	<b>499,0</b>	<b>7,7</b>	<b>1,6 %</b>
Führungsunterstützung DBK	11,6	10,7	-0,9	-7,8 %
Volksschule	275,7	270,1	-5,6	-2,0 %
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	41,3	42,9	1,6	3,9 %
Mittelschulbildung	305,1	313,4	8,3	2,7 %
Berufsschulbildung	304,0	308,2	4,2	1,4 %
Kultur und Sport	11,9	11,7	-0,2	-1,7 %
<b>Total Departement Bildung und Kultur</b>	<b>949,6</b>	<b>957,0</b>	<b>7,4</b>	<b>0,8 %</b>
Führungsunterstützung FD und Amtschreibereiaufsicht	9,4	10,3	0,9	9,6 %
Amtschreiberei-Dienstleistungen	180,5	181,1	0,6	0,3 %
Finanzen und Statistik	21,3	21,3	0,0	0,0 %
Personalwesen	22,4	23,8	1,4	6,3 %
Steuerwesen	195,7	206,8	11,1	5,7 %
Informationstechnologie	59,1	61,4	2,3	3,9 %
Staatsaufsichtswesen	7,4	7,8	0,4	5,4 %
<b>Total Finanzdepartement</b>	<b>495,8</b>	<b>512,5</b>	<b>16,7</b>	<b>3,4 %</b>
Führungsunterstützung DDI, Swisslos-Fonds und Oberämter	36,5	38,1	1,6	4,4 %
Gesundheitsversorgung	67,6	51,0	-16,6	-24,6 %
Gesellschaft und Soziales	91,2	95,0	3,8	4,2 %
Migration	61,8	63,5	1,7	2,8 %
Justizvollzug	190,9	192,1	1,2	0,6 %
Polizei	571,1	592,4	21,3	3,7 %
<b>Total Departement des Innern</b>	<b>1'019,1</b>	<b>1'032,1</b>	<b>13,0</b>	<b>1,3 %</b>
Führungsunterstützung VWD, Standortförderung, Aussenkontakte und Stiftungsaufsicht	11,8	16,9	5,1	42,8 %
Wirtschaft und Arbeit	159,9	136,8	-23,1	-14,4 %
Energiefachstelle	6,5	7,9	1,4	21,5 %
Gemeinden und Zivilstandsdienst	34,3	34,5	0,2	0,6 %
Wald, Jagd und Fischerei	17,4	18,5	1,1	6,1 %
Landwirtschaft	74,0	79,6	5,6	7,5 %
Militär und Bevölkerungsschutz	29,0	31,3	2,3	7,9 %
<b>Total Volkswirtschaftsdepartement</b>	<b>332,9</b>	<b>325,4</b>	<b>-7,5</b>	<b>-2,3 %</b>
Gerichte	122,6	135,2	12,6	10,3 %
<b>Total Gerichte</b>	<b>122,6</b>	<b>135,2</b>	<b>12,6</b>	<b>10,3 %</b>
<b>Total Globalbudgets</b>	<b>3'464,6</b>	<b>3'519,3</b>	<b>54,7</b>	<b>1,6 %</b>



Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Pensenbestand um insgesamt 54,7 Pensen oder 1,6 %. Dies sind 11,8 Pensen (0,3 %) mehr als im Voranschlag 2023 vorgesehen. Die Entwicklung pro Departement zeigt sich wie folgt:

- Bei den Parlamentsdiensten erfolgte im Verlauf des Berichtsjahres ein Transfer von Aktuariatspensen von der Staatskanzlei; zudem besteht per Ende 2023 eine Doppelbesetzung im Rahmen einer Nachfolgeregelung (Pensionierung).
- Der Pensenanstieg in der Staatskanzlei ist auf das vom Kantonsrat am 29. März 2023 genehmigte Impulsprogramm 2023–2025 (SGB 192/2022) zurückzuführen, zum einen auf den Ausbau des Kompetenzzentrums Digitale Verwaltung, zum andern auf die Bildung des Digital Teams innerhalb der Staatskanzlei. Demgegenüber steht ein kleiner Pensenrückgang infolge eines Transfers von Aktuariatspensen zu den Parlamentsdiensten.
- Der Anstieg der Pensen um 1,6 % beim Bau- und Justizdepartement ergibt sich durch verschiedene kleinere Verschiebungen, zudem konnten einzelne längere Vakanzanstellungen besetzt werden. Weiter konnten die Stelle eines Business Analysten im Rahmen des Impulsprogrammes SO!Digital sowie eine Stelle für den künftigen Betrieb des Kompetenzzentrums elektronisches Baugesuchsverfahren besetzt werden. Damit liegt der Mitarbeiterbestand des Bau- und Justizdepartements per Stichtag bei 499,0 Pensen und damit 7,7 Pensen höher als zum Stichtag im Vorjahr. Der Mittelwert über die Monate liegt dagegen bei 488,5 Pensen und damit um 0,2 Pensen über dem Vorjahr.
- Im Globalbudget Führungsunterstützung DBK lag der Stellenbestand am 31. Dezember 2023 0,9 Stellen unter dem Stellenbestand des Jahres 2022. Dies ist vorwiegend auf die vakanten Stellen im Controlling (1,0 Stellen) und in der Administration (0,8 Stellen) zurückzuführen. Im September wurde der Business Analyst angestellt (0,8 Stellen). Es handelt sich um eine neue Stelle.
- Im Globalbudget Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen führen die Schaffung einer Vollzeitstelle im Case Management Berufsbildung (wird von der IV finanziert) sowie die Umsetzung des Regierungsratsbeschlusses «Bildung und Digitalisierung» (RRB Nr. 2021/251 vom 01. März 2021) zum Pensenanstieg.
- Das Steueramt konnte im Berichtsjahr einerseits zahlreiche vakante Stellen wiederbesetzen und andererseits waren zusätzliche Stellen für die Informatikprojekte sowie die Umsetzung des freiwilligen Einheitsbezugs erforderlich.
- Das Amt für Informatik und Organisation konnte vakante Stellen besetzen und damit den geplanten Stellenausbau für die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie realisieren.
- Im Departement des Innern wurden bei der Polizei Kanton Solothurn im Rahmen der bewilligten Korpserhöhung sowie der Umsetzung der Integration der Stadtpolizei Grenchen Stellen aufgebaut. Im Departementssekretariat konnten Stellen für die Umsetzung des Impulsprogramms Digitalisierung im DDI sowie die Stelle der Risiko- und Informationssicherheitsverantwortlichen besetzt werden. Im Amt für Justizvollzug wurden die im Rahmen des Globalbudgets bewilligten Stellen im Bereich Sicherheit der Justizvollzugsanstalt (JVA) Solothurn sowie befristete Stellen zur Stabilisierung im Straf- und Massnahmenvollzug besetzt. Ein befristeter Stellenaufbau war auch notwendig im Amt



für Gesellschaft und Soziales für die Bewältigung der hohen Asylfallzahlen. Im Migrationsamt war einerseits ein befristetes Engagement für die Tätigkeit der Übergabe inaktiver Dossiers an das Staatsarchiv nötig, andererseits wurden Verstärkungen für das Ausweiszentrum aufgrund der erhöhten Nachfrage nach Reisedokumenten sowie für das Team Asyl für die Bewältigung der Thematik der Schutzsuchenden aus der Ukraine benötigt. Im Gesundheitsamt konnten die befristeten Stellen, welche zur Bewältigung der Corona Pandemie nötig waren, bis Ende Jahr vollständig aufgehoben werden.

- In der Führungsunterstützung VWD kamen mit der Fachstelle Standortförderung sechs Mitarbeitende mit insgesamt 5,0 Pensen von Wirtschaft und Arbeit zum Departementssekretariat.
- Im Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) konnte gegenüber dem Vorjahr aufgrund der rückläufigen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeitsentschädigungen bei der Arbeitslosenkasse (ALK) und den Regionalen Arbeitsvermittlungen (RAV) das Personal reduziert werden. Weiter gingen die oben beschriebenen sechs Mitarbeitende mit 5,0 Pensen vom AWA zum Departementssekretariat.
- In der Energiefachstelle konnte eine Vakanz besetzt werden. Die hohe Anzahl an Fördergesuchen für die Förderung der Energieeffizienz und der Förderung der erneuerbaren Energien erforderte in der zweiten Jahreshälfte eine leichte Überschreitung der budgetierten Pensen.
- Bis Ende 2023 konnten in der Landwirtschaft alle noch offenen Stellen besetzt werden. Am Wallierhof werden dank hoher Nachfrage in der landwirtschaftlichen Grundbildung weiterhin zwei zusätzliche Klassen geführt. Die dazu erforderlichen personellen Ressourcen konnten dank hohem Engagement und Flexibilität seitens Schulleitung und Mitarbeitenden sichergestellt werden. Im Bereich Lebensmittelsicherheit waren wegen den deutlich höheren Schlachtzahlen im Grossbetrieb mehr personelle Ressourcen erforderlich. Der damit verbundene Mehraufwand ist mit Gebühren finanziert.
- Bei Militär und Bevölkerungsschutz wurde für den Sonderstab Energie eine zeitlich befristete Stelle Kommunikation geschaffen. Weiter gab es in verschiedenen Abteilungen kleine Pensenänderungen.
- Der Pensenbestand der Gerichte spiegelt den Stellenaufbau wider und liegt insgesamt 1,2 Pensen über dem Planwert 2023. Eine zusätzliche Stelle wurde im Rahmen der Umsetzung der Digitalisierungsstrategie «Impulsprogramm SOIDigital 2023–2025» geschaffen (SGB 0192/2022; RRB Nr. 2022/1575 vom 24. Oktober 2022). Ferner wurde der Stellenetat bei der zentralen Gerichtskasse nach einer Reduktion um 0,2 Pensen erhöht, weil die für die Reduktion massgebenden Entlastungen nicht im erhofften Ausmass realisiert werden konnten.

### **3.1.2 Beiträge an die Pensionskasse und die Sozialversicherungen**

Die Arbeitgeberbeiträge an die staatliche Pensionskasse und die Sozialversicherungen sind den Dienststellen zugewiesen. Der Gesamtbetrag beträgt 86,4 Mio. Franken. Das entspricht 20,7 % der Besoldungskosten.

### 3.2 Nettoaufwand für einzelne Schultypen

Die folgende Tabelle orientiert über den Nettoaufwand für die einzelnen Schultypen (in Mio. Franken). Es handelt sich um Aufwendungen für die kantonalen Schulen, den Beitrag an die Fachhochschule Nordwestschweiz sowie die Kantonsbeiträge für Solothurner Studierende an den universitären Hochschulen.

Jahr	Volksschule	Mittelschule	Berufsschule	Fachhochschule	Universität	Total
2019	196,9	49,0	43,2	37,2	32,4	<b>358,7</b>
2020	196,2	49,1	42,3	37,2	33,2	<b>358,0</b>
2021	204,1	50,0	42,3	37,6	35,3	<b>369,3</b>
2022	208,2	49,9	43,3	37,8	34,8	<b>374,0</b>
2023	225,4	51,8	44,6	37,8	33,6	<b>393,2</b>

Die Abweichung zwischen den Rechnungen 2022 und 2023 beträgt 19,2 Mio. Franken oder 5,1 %.

Der Bereich Volksschulen ist um 17,2 Mio. Franken oder 8,3 % gegenüber der Rechnung 2022 angestiegen. Er ist Folge von mehr Schülerinnen und Schülern in den kantonalen Spezialangeboten 10,4 Mio. Franken, höheren Beiträgen an Gemeinden für die Schülerpauschale aufgrund von Demografie 5,0 Mio. Franken und der Teuerungszulage von 1,5 %, die rund 1,2 Mio. Franken ausmacht.

Der Anstieg bei den Mittelschulen zwischen den Jahren 2022 und 2023 um 1,9 Mio. Franken oder 3,8 % ist auf die Teuerungszulage 0,8 Mio. Franken und mehr Schülerinnen und Schüler zurückzuführen.

Der Anstieg bei den Berufsfachschulen um 1,3 Mio. Franken oder 3 % ist auf die Teuerungszulage 0,8 Mio. Franken und Mindererträge Schulgelder (0,2 Mio. Franken Sonderzahlung für die Ukraine-Klasse im Integrationsjahr sowie Integrationsvorlehre), Schulgelder von Ausserkantonalen (0,3 Mio. Franken weniger ausserkantonale Lernende an der GIBS und im EBZ) zurückzuführen.

Der Betrag an Universitäten liegt 1,2 Mio. Franken tiefer. Die Anzahl der Studierenden an Universitäten, für welche der Kanton Beiträge leisten musste, ist um 48 zurückgegangen.



### 3.3 Nettoverschuldung und Zinsendienst

#### 3.3.1 Nettoverschuldung

Die Nettoverschuldung – verstanden als Differenz zwischen den gesamten fremden Mitteln (kurz-, mittel- und langfristigem Fremdkapital sowie Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen) einerseits und dem Finanzvermögen (frei verfügbare flüssige Mittel, Guthaben, Anlagen) andererseits – hat sich wie folgt entwickelt:

<b>Nettoverschuldung (in Mio. Franken)</b>	<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>	<b>2022</b>	<b>2023</b>
Fremdkapital <sup>1</sup> inkl. Spezialfinanzierungen FK					
Spezialfinanzierungen (netto)	2'604,1	2'397,5	2'455,4	2'281,5	2'290,6
./. Finanzvermögen	1'258,0	1'103,9	1'256,9	1'323,8	1'291,4
<b>Nettoverschuldung</b>	<b>1'346,1</b>	<b>1'293,6</b>	<b>1'198,5</b>	<b>957,7</b>	<b>999,2</b>

<sup>1</sup> ohne Darlehen der Landwirtschaftlichen Kreditkasse (2023 total 89,8 Mio. Franken)

Die Nettoverschuldung 2023 hat gegenüber dem Vorjahr um 41,5 Mio. Franken zugenommen. Sie ist auf den Selbstfinanzierungsgrad von 52 % zurückzuführen.



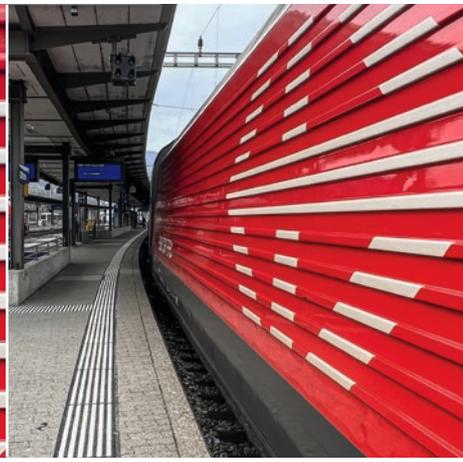
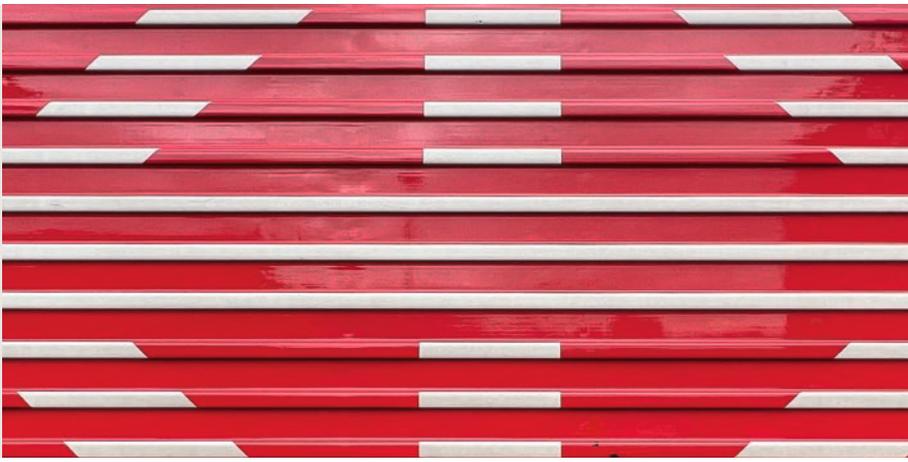
### 3.3.2 Nettozinsaufwand

Für die Berechnung des Nettozinsaufwandes werden den Passivzinsen die Vermögenserträge gemäss volkswirtschaftlicher Gliederung gegenübergestellt. Die Entwicklung seit 2019 präsentiert sich wie folgt:

Zinsdienst (in Mio. Franken)	2019	2020	2021	2022	2023
Passivzinsen	23,8	22,8	23,2	21,2	21,3
Vermögenserträge <sup>1</sup>	9,8	6,1	6,2	7,8	10,9
Nettozinsaufwand bzw. -ertrag	14,0	16,7	17,0	13,4	10,4
Total Staatssteuern	872,7	851,4	864,0	898,3	911,3
<b>Nettozinsaufwand in % Staatssteuern</b>	<b>1,6</b>	<b>2,0</b>	<b>2,0</b>	<b>1,5</b>	<b>1,1</b>

<sup>1</sup> exkl. Buchgewinne

Im Jahr 2023 wird ein Nettozinsaufwand von 10,4 Mio. Franken ausgewiesen (2022: 13,4 Mio. Franken). Die Abnahme ist einerseits auf die Zunahme des Verzugszinsenertrages auf Steuern von 1,0 Mio. Franken zurückzuführen, andererseits hat der Zinsertrag für Festgelder um 2,2 Mio. Franken zugenommen. Gemessen am Ertrag der gesamten Staatssteuer beträgt der Nettozinsaufwand 1,1 %, d.h. von 100 Franken Steuerertrag müssen 1,1 Franken für den Nettozinsdienst ausgegeben werden.



### 3.4 Abschreibungen

#### 3.4.1 Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen werden aufgrund des Standes am 31. Dezember 2023, d.h. nach den Aktivierungen, vorgenommen. Das den Abschreibungen unterliegende Verwaltungsvermögen wird in der Bilanz unter den Positionen Sachgüter, bedingt rückzahlbare Darlehen Öffentlicher Verkehr und Investitionsbeiträge ausgewiesen. Das abzuschreibende Verwaltungsvermögen veränderte sich 2023 wie folgt:

Abschreibungen Verwaltungsvermögen (in Mio. Franken)	2022	2023
Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 1. Januar	1'523,5	1'282,6
Abzuschreibende Nettoinvestitionen laufendes Jahr (Sachanlagen, Investitionsbeiträge)	88,8	82,1
Liegenschaftsübertragung an soH	-267,0	
Verwaltungsvermögen per Ende Rechnungsjahr vor Abschreibungen	1'345,3	1'364,7
Ordentliche Abschreibungen (Sachanlagen, Investitionsbeiträge)	62,7	70,2
<b>Restbuchwert per 31. Dezember</b>	<b>1'282,6</b>	<b>1'294,4</b>

Mit HRM2 wird das Verwaltungsvermögen im Gegensatz zur früheren Abschreibungspraxis von 10 % bzw. 100 % bei Spezialfinanzierungen nun linear auf der Basis der Nutzungsdauer je Anlagekategorie abgeschrieben. Zusätzliche Abschreibungen werden nicht zugelassen. Auf dem abzuschreibenden Verwaltungsvermögen (Sachanlagen, Investitionsbeiträge) wurden Abschreibungen von insgesamt 70,2 Mio. Franken vorgenommen.

Der Gesamtabschreibungssatz des Verwaltungsvermögens wird wie folgt berechnet:

Total abzuschreibende Aktiven	1'364,7
Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen	70,2
Gesamtabschreibungssatz (in %) = $(70,2 \text{ Mio. Fr.} \times 100) / 1'364,7 \text{ Mio. Franken}$	5,1 %



### 3.4.2 Finanzvermögen

Die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen erreichen im Rechnungsjahr den Betrag von 22,8 Mio. Franken (Vorjahr: 20,9 Mio. Franken). Der grösste Teil entfällt auf das Steueramt:

	in Mio. Franken
Uneinbringliche Steuerforderungen	15,5
Erlassene Steuerforderungen	0,6
<b>Total</b>	<b>16,1</b>

Die auf den Staatssteuern abgeschriebenen Beträge machen 1,8 % des gesamten Staatssteuerertrages aus (Vorjahr 1,6 %).

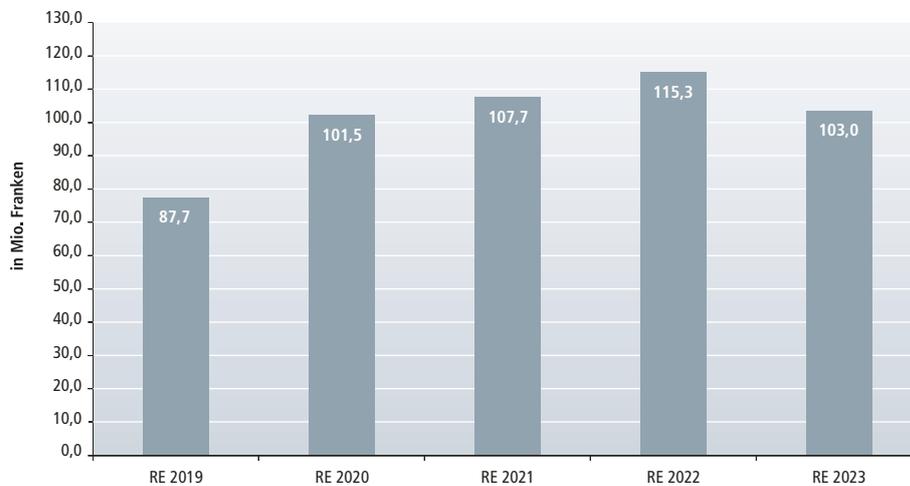
Weiter mussten die Strafverfolgung und Justizadministration (3,9 Mio. Franken), die Gerichte (1,8 Mio. Franken), die Motorfahrzeugkontrolle (0,4 Mio. Franken), die Amtschreibereien und die Stipendienabteilung (je 0,2 Mio. Franken) und das Departement des Inneren (0,1 Mio. Franken) Forderungen abschreiben.

Die Konten des Finanzvermögens wurden per 31. Dezember 2023 einer Neubewertung unterzogen. Diese hat eine Aufwertung von 0,5 Mio. Franken ergeben. Dieser Neubewertungsgewinn wurde erfolgswirksam verbucht.



### 3.5 Strassenrechnung

#### Totalbestand Strassenrechnung



Die Ausgaben im Strassenbau sind über die Strassenrechnung gedeckt. Im Jahr 2023 wurden netto 36,9 Mio. Franken in den Kantonsstrassenbau und 9,6 Mio. Franken in Hochbauten (MFK/Werkhöfe/Salzlager) investiert. Aufgrund der entsprechend abgerechneten Bauarbeiten und den zweckgebundenen Einnahmen aus der Motorfahrzeugsteuer nehmen die Rücklagen für die Strassenrechnung im Jahr 2023 um 12,3 Mio. Franken ab und sinken auf 103,0 Mio. Franken per 31. Dezember 2023. Das entspricht einer Abnahme von 10,7 % im Vergleich zu 2022.

Der Bilanzfehlbetrag bei den Gesamtverkehrsprojekten steigt von 5,4 Mio. Franken auf 8,9 Mio. Franken. Die definitive Abrechnung soll bis Ende 2025 abgeschlossen sein. Ab 2023 ist der befristete Zuschlag von 15 % auf der Motorfahrzeugsteuer weggefallen und im Vergleich zum Vorjahr wurden so 9,6 Mio. Franken weniger eingenommen.



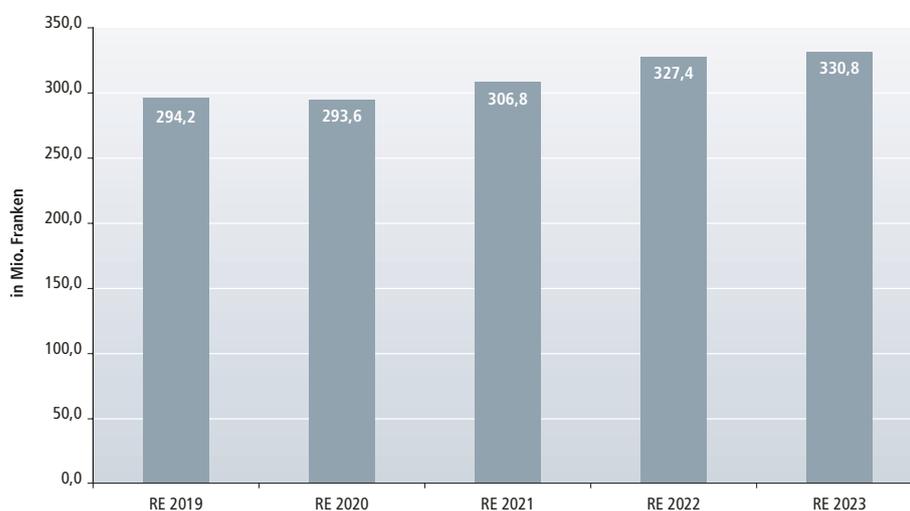
### 3.6 Gesundheit

Die Kosten für den Bereich Gesundheit betragen 2023 einschliesslich Globalbudget 395,1 Mio. Franken, was im Vergleich zur Rechnung 2022 Mehrkosten von 15,8 Mio. Franken bedeutet. Gründe für diese Abweichung sind hauptsächlich Covid-19 bedingte Sondereffekte im Rechnungsjahr 2022. Einerseits resultierte 2022 ein Minderaufwand in der Finanzgrösse COVID-19 Gesundheitskosten durch nicht benötigte Rückstellungen, während das Globalbudget andererseits durch eine tiefere Abgeltung der Leistungsaufträge der soH entlastet wurde. Bei der Ärztlichen Weiterbildung ist der kantonale Beitrag aufgrund des Inkrafttretens des Konkordats um 2,2 Mio. Franken höher ausgefallen als im Vorjahr.

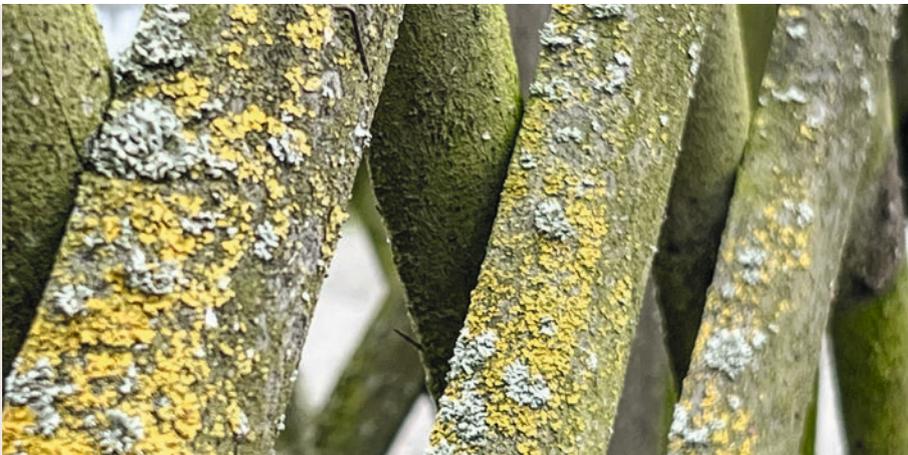
Die Kosten der Verlustscheine KVG entwickelten sich wie folgt (in Mio. Franken):

RE 2019	RE 2020	RE 2021	RE 2022	RE 2023
11,2	12,3	11,0	11,0	11,6

### Spitalbehandlungen gemäss KVG



Die Kosten der Spitalbehandlungen gemäss KVG betragen 2023 330,8 Mio. Franken, was einer Erhöhung um 3,4 Mio. Franken respektive 1,0 % entspricht. Gegenüber dem Voranschlag sind sie 5,8 Mio. Franken höher ausgefallen (1,8 %). Grund dafür ist, dass zum Zeitpunkt der Festlegung des Voranschlags 2023 noch nicht bekannt war, dass das Rechnungsjahr 2022 einen sehr hohen Zuwachs in der Aufwandentwicklung ausweisen wird. Der Voranschlag 2023 lag daher 2,4 Mio. Franken tiefer als die Rechnung 2022 (327,4 Mio. Franken).



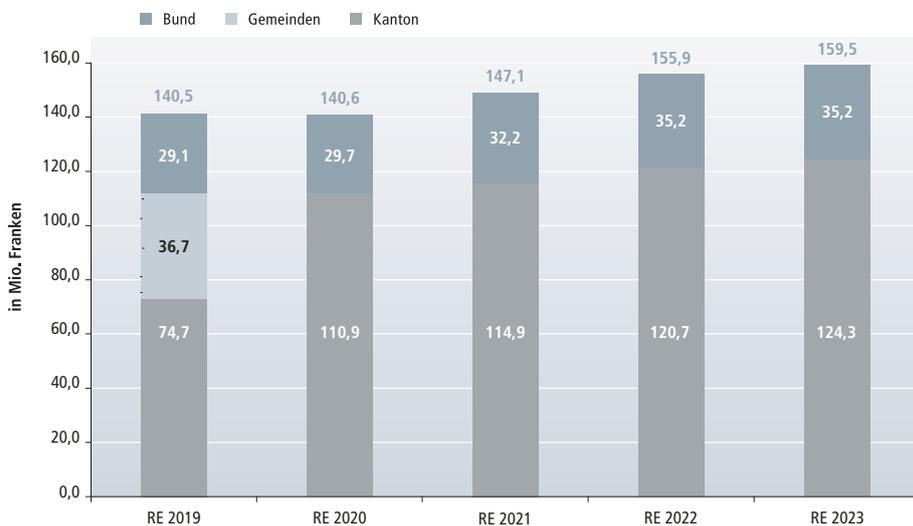
### 3.7 Gesellschaft und Soziales

Die Bruttoaufwendungen für die soziale Sicherheit inklusive Globalbudget betragen 2023 653,0 Mio. Franken. Diesen Aufwendungen stehen Erträge von 362,4 Mio. Franken gegenüber, woraus sich eine Nettobelastung von 290,6 Mio. Franken ergibt.

Das Globalbudget allein schliesst mit einem Saldo von 16,7 Mio. Franken und somit 0,1 Mio. Franken über dem Budget und 1,7 Mio. Franken höher als im Vorjahr ab. Gründe sind insbesondere höhere Personalkosten sowie moderate Mehrkosten beim kantonalen Integrationsprogramm KIP2bis.

Der Nettoaufwand der Finanzgrössen (Sozialversicherungen und Ergänzungshilfen) beträgt 2023 273,9 Mio. Franken, was gegenüber 2022 einer Erhöhung der Kosten um 22,5 Mio. Franken (8,9 %) entspricht. Gegenüber dem Voranschlag 2023 fallen die Kosten um 1,8 Mio. Franken (0,7 %) tiefer aus.

#### Ergänzungsleistungen zur IV

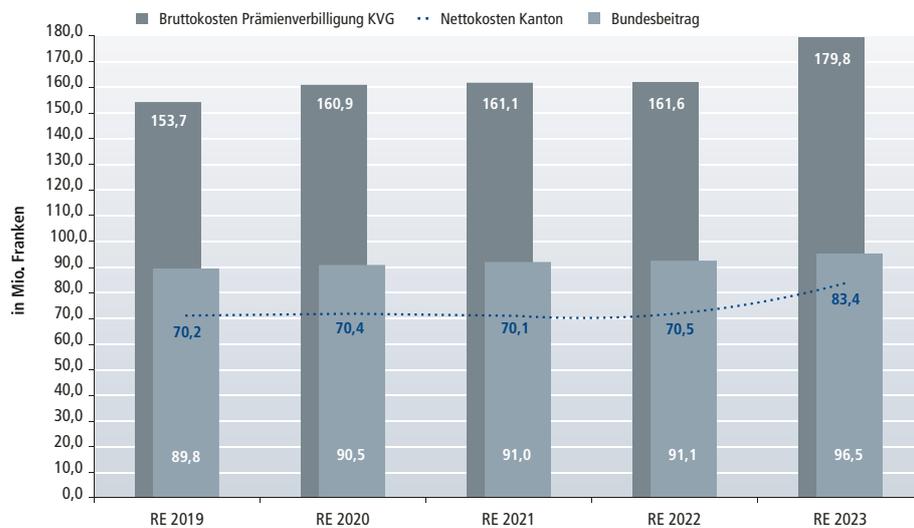


Für den Kanton resultieren im Bereich der Ergänzungsleistungen zur IV inkl. Verwaltungskosten bei einem Aufwand von 159,5 Mio. Franken zugunsten privater Haushalte und einem Ertrag aus Beiträgen vom Bund von 35,2 Mio. Franken Kosten von 124,3 Mio. Franken (Voranschlag 2023: 122,5 Mio. Franken).

Aufgrund der Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung in der sozialen Sicherheit entfielen ab 2020 die Beiträge der Einwohnergemeinden (KRB Nr. RG 0092b/2019 vom 4. Dezember 2019).



### Prämienverbilligungen nach KVG



Für die Prämienverbilligung gemäss KVG inkl. Verwaltungskosten wurden 179,8 Mio. Franken aufgewendet. Der Bundesbeitrag betrug 96,5 Mio. Franken. Für den Kanton resultierte eine Nettobelastung von 83,4 Mio. Franken (Voranschlag 2023: 83,9 Mio. Franken; Rechnung 2022: 70,5 Mio. Franken). Damit liegen die Ausgaben für die Prämienverbilligung 12,9 Mio. Franken höher als im Vorjahr.



## Behinderungen

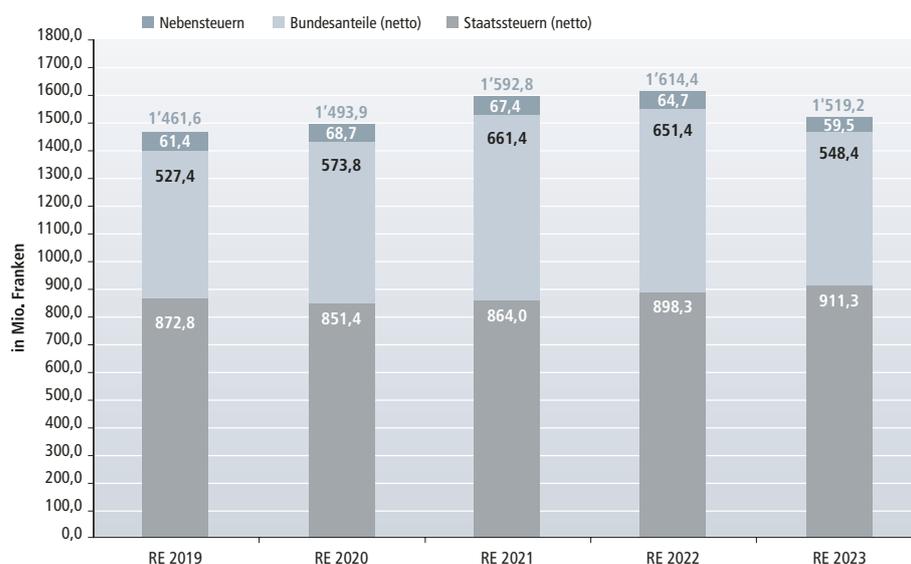


Für Beiträge an ausserkantonale Behindertenwohnheime und innerkantonale Werkstätten wurden im Geschäftsjahr 2023 36,5 Mio. Franken aufgewendet (Voranschlag 2023: 34,1 Mio. Franken; Rechnung 2022: 36,2 Mio. Franken).

Die Kosten für die Betreuung von Menschen mit Behinderungen sind 2,4 Mio. Franken höher ausgefallen als budgetiert und liegen 0,3 Mio. Franken oder 0,8 % über dem Vorjahreswert. Gründe dafür sind eine höhere Nachfrage nach betreuten Leistungen sowie teuerungsbedingte Taxanpassungen.

## 4. Die grössten Ertragspositionen

Entwicklung wichtigste Erträge



Die grössten Ertragspositionen sind um 16,7 Mio. Franken bzw. 1,1 % höher ausgefallen als budgetiert. Gegenüber dem Voranschlag 2023 ergaben sich Mehrerträge bei den Staatsteuern (24,9 Mio. Franken) und bei den Nebensteuern (0,5 Mio. Franken). Die Bundesanteile fielen tiefer aus als budgetiert (8,8 Mio. Franken).

Gegenüber dem Vorjahr haben die wichtigsten Erträge um 95,2 Mio. Franken bzw. 5,9 % abgenommen. Im Vergleich zur Rechnung 2022 ergaben sich Mehrerträge bei den Staatsteuern (13,0 Mio. Franken) und Mindererträge bei den Bundesanteilen (103,0 Mio. Franken) und bei den Nebensteuern (5,2 Mio. Franken).

### 4.1 Bundesanteile

Mit Einnahmen von insgesamt 548,4 Mio. Franken wurde der budgetierte Betrag von 557,2 Mio. Franken um 8,8 Mio. Franken unterschritten. Eine Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) ist, wie geplant, nicht erfolgt. Die Anteile an der Verrechnungssteuer und an der Direkten Bundessteuer fielen 6,3 bzw. 1,7 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert. Diese beiden Positionen werden gemäss Angaben der Eidgenössischen Steuerverwaltung budgetiert und unterliegen teils hohen Schwankungen.

Gegenüber der Rechnung 2022 resultierte eine Verschlechterung von 103,0 Mio. Franken. Der Wegfall der Gewinnausschüttung SNB von 128,0 Mio. Franken kann durch Mehrerträge aus dem NFA (16,4 Mio. Franken) und der Direkten Bundessteuer (8,9 Mio. Franken) nicht aufgefangen werden.



Der Ertrag aus den Bundesanteilen hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

Bundesanteile (in Mio. Franken)	RE 19	RE 20	RE 21	RE 22	RE 23
– Reingewinn SNB	42,7	85,3	127,9	128,0	0,0
– Direkte Bundessteuer	62,2	83,0	80,1	78,7	87,6
– Verrechnungssteuer	31,1	10,3	31,7	13,7	14,2
– NFA-Ressourcenausgleich	363,9	371,5	392,5	390,5	407,9
– NFA-sozio-demo. Lastenausgleich	6,6	3,4	7,4	8,3	9,2
– NFA-Härteausgleich	-3,1	-2,9	-2,7	-2,5	-2,4
– NFA: Abfederungsmassnahmen	0,0	0,0	0,0	10,6	8,5
– Anteil EU-Zinsbesteuerung	0,0	0,0	0,0	10,6	0,0
– Rückerstattung CO2-Abgabe	0,5	0,2	0,1	0,3	0,3
– Mineralölsteuer	8,1	7,8	8,4	8,0	7,8
– LSVA	13,2	12,9	13,7	13,5	13,0
– Globalbeitrag Hauptstrassen	2,2	2,3	2,3	2,3	2,3
<b>Total</b>	<b>527,4</b>	<b>573,8</b>	<b>661,4</b>	<b>651,4</b>	<b>548,4</b>

#### 4.2 Staatssteuerertrag

Der Ertrag aus den Staatssteuern setzt sich wie folgt zusammen:

Staatssteuer (in Mio. Franken)	VA 23	RE 23	Diff. abs.	Diff. %
– Staatssteuer nat. Personen <sup>1/2</sup>	752,8	754,3	1,5	0,2
– Staatssteuer jur. Personen <sup>1</sup>	89,1	102,8	13,8	15,5
– Quellensteuer	25,0	28,3	3,3	13,2
– Grundstückgewinnsteuer	10,3	15,4	5,1	49,6
– Finanzausgleichssteuer	9,2	10,4	1,2	13,4
<b>Total</b>	<b>886,3</b>	<b>911,3</b>	<b>24,9</b>	<b>2,8</b>

<sup>1</sup> inkl. Erträge aus Vorjahren

<sup>2</sup> inkl. Grenzgängerbesteuerung, Kapitalabfindungssteuer und Liquidationsgewinnsteuer; netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden)

Der Gesamtertrag der Staatssteuern, der in die Staatsrechnung 2023 eingegangen ist, übersteigt den im Voranschlag 2023 festgelegten Betrag um 24,9 Mio. Franken oder 2,8 %. Sämtliche Steuerbereiche haben über Plan abgeschlossen, wenn auch nur in bescheidenem Ausmasse.



Die folgende Übersicht zeigt die Erträge der Staatssteuern für die Jahre 2019–2023:

Staatssteuern (in Mio. Franken)	RE 19	RE 20	RE 21	RE 22	RE 23
– Staatssteuer nat. Personen <sup>1/2</sup>	713,9	727,5	743,4	754,1	754,3
– Staatssteuer jur. Personen <sup>1</sup>	111,3	77,0	70,3	94,7	102,8
– Quellensteuer	26,9	30,0	30,4	27,2	28,3
– Grundstückgewinnsteuer (netto)	9,4	9,1	12,8	12,7	15,4
– Finanzausgleichssteuer	11,3	7,8	7,1	9,6	10,4
<b>Total</b>	<b>872,8</b>	<b>851,4</b>	<b>864,0</b>	<b>898,3</b>	<b>911,3</b>

1 inkl. Erträge aus Vorjahren

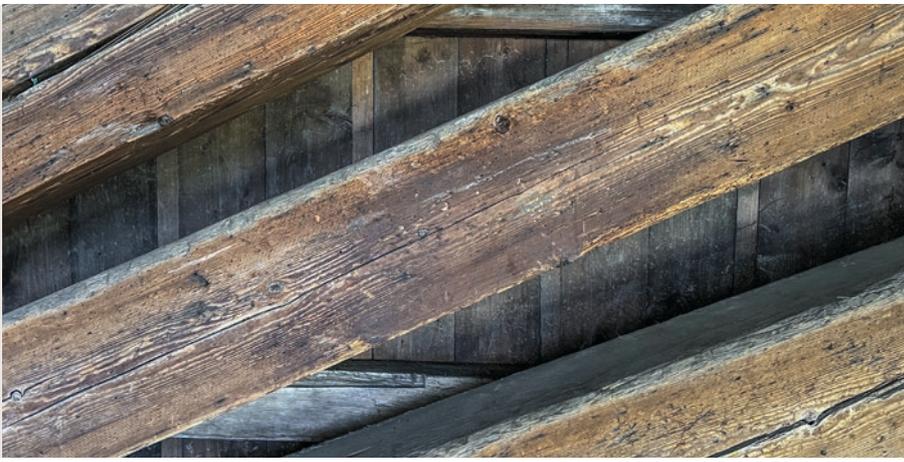
2 inkl. Grenzgängerbesteuerung, Kapitalabfindungssteuer und Liquidationsgewinnsteuer; netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden); Steuersatz: 2019–2023 = 104%.

Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich beim Ertrag der Staatssteuern eine Zunahme von 13,0 Mio. Franken oder 1,4 %. Sowohl die Steuererträge natürlicher Personen als auch juristischer Personen konnten bei unveränderten Steuerfüssen im Vergleich zum Vorjahr zulegen. Insbesondere für juristische Personen lässt sich ein aussergewöhnlich gutes Jahr feststellen. Einmalige Ereignisse haben ebenfalls zum Ergebnis beigetragen.

#### 4.2.1 Entwicklung Steuerausstand

Der Steuerausstand beträgt zum Jahresende 2023 340,8 Mio. Franken und liegt damit 7,3 Mio. Franken über dem Vorjahr (2,1 %). Dieser Anstieg gegenüber 2022 ist bedingt durch die höheren Steuererträge im Kalenderjahr 2023 sowie durch die generell spätere Fakturierung von definitiven Veranlagungen.

Steuerausstand (in Mio. Franken)		
Steuerausstand	31.12.2016	296,4
Steuerausstand	31.12.2017	302,2
Steuerausstand	31.12.2018	313,3
Steuerausstand	31.12.2019	353,6
Steuerausstand	31.12.2020	325,8
Steuerausstand	31.12.2021	317,8
Steuerausstand	31.12.2022	333,5
Steuerausstand	31.12.2023	340,8
<b>Veränderung Steuerausstand per Ende 2023</b>		<b>+ 7,3</b>



### 4.3 Nebensteuern

Der Ertrag der Nebensteuern 2023 fiel um 0,5 Mio. Franken höher aus als budgetiert.

Nebensteuern (in Mio. Franken)	VA 23	RE 23	Diff. abs.	Diff. %
– Handänderungssteuer	30,0	29,0	-1,0	-3,3
– Erbschaftssteuer	20,5	20,6	0,1	0,4
– Nachlasssteuer	7,0	8,9	1,9	26,6
– Schenkungssteuer	1,5	1,1	-0,4	-28,3
<b>Total</b>	<b>59,0</b>	<b>59,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,9</b>

Die nachstehende Tabelle zeigt die seit 2019 ausgewiesenen Erträge der Nebensteuern:

Nebensteuern (in Mio. Franken)	2019	2020	2021	2022	2023
– Handänderungssteuer	25,0	33,3	36,2	32,9	29,0
– Erbschaftssteuer	19,8	26,9	21,7	21,8	20,6
– Nachlasssteuer	14,3	7,1	7,3	7,8	8,9
– Schenkungssteuer	2,3	1,4	2,2	2,2	1,1
<b>Total</b>	<b>61,4</b>	<b>68,7</b>	<b>67,4</b>	<b>64,7</b>	<b>59,5</b>

Der gesamte Ertrag der Nebensteuern liegt mit 59,5 Mio. Franken um 5,2 Mio. Franken bzw. 8,0 % unter dem Vorjahresniveau.

Die Anzahl Handänderungen sind gegenüber dem Vorjahr um rund 9 % zurückgegangen, was sich direkt auf den Ertrag der Handänderungssteuern auswirkt. Die Erbschaftssteuern, Nachlasssteuer und Schenkungssteuern bewegen sich im üblichen Rahmen. Eine genaue Planung ist bei diesen Positionen nur schwer möglich, da der Ertrag oft von einzelnen ausserordentlichen Geschäften abhängt.





Bericht der Revisionsstelle **IV**

# Bericht der Revisionsstelle

## **Kantonale Finanzkontrolle**

Dornacherstrasse 28  
4502 Solothurn  
Telefon 032 627 21 08  
finanzkontrolle.so.ch

**An den Regierungsrat und den Kantonsrat des Kantons Solothurn**

## **Bericht der Finanzkontrolle zur Jahresrechnung 2023 des Kantons Solothurn**

### **Bericht zur Prüfung der Jahresrechnung**

#### *Prüfungsurteil*

Basierend auf dem Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung haben wir die im Geschäftsbericht 2023: «Finanzen und Leistungen» (Teil 2) in den Kapiteln 1.1 bis 1.7.7.4 publizierte Jahresrechnung des Kantons Solothurn bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Geldflussrechnung und Anhang für das am 31. Dezember 2023 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht die beigefügte Jahresrechnung den gesetzlichen Vorschriften.

#### *Grundlage für das Prüfungsurteil*

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit dem Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung und den Schweizer Standards zur Abschlussprüfung (SA-CH) durchgeführt. Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt «Verantwortlichkeiten der Revisionsstelle für die Prüfung der Jahresrechnung» unseres Berichts weitergehend beschrieben. Wir sind von den geprüften Organisationseinheiten unabhängig im Sinne des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung und wir haben unsere sonstigen beruflichen Verhaltenspflichten in Übereinstimmung mit den Anforderungen des Berufsstands erfüllt.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als eine Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

#### *Sonstige Informationen*

Der Regierungsrat ist für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die im Geschäftsbericht enthaltenen Informationen, aber nicht die Jahresrechnung und unseren dazugehörigen Bericht.

Unser Prüfungsurteil zur Jahresrechnung erstreckt sich nicht auf die sonstigen Informationen, und wir bringen keinerlei Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu zum Ausdruck.

Im Zusammenhang mit unserer Abschlussprüfung haben wir die Verantwortlichkeit, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen wesentliche Unstimmigkeiten zur Jahresrechnung oder unseren bei der Abschlussprüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.



Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten den Schluss ziehen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

*Verantwortlichkeiten des Regierungsrates für die Jahresrechnung*

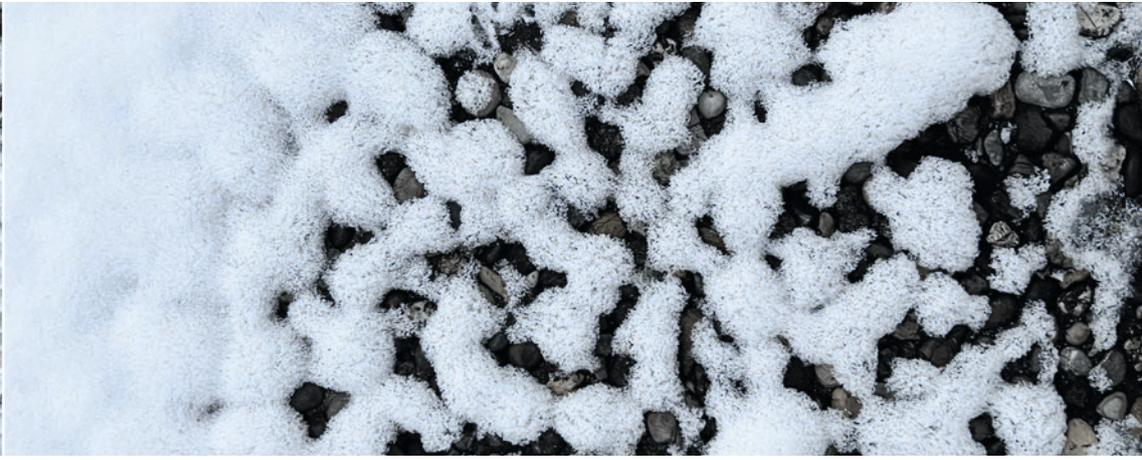
Der Regierungsrat ist verantwortlich für die Aufstellung einer Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Statuten und für die internen Kontrollen, die der Regierungsrat als notwendig feststellt, um die Aufstellung einer Jahresrechnung zu ermöglichen, die frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

*Verantwortlichkeiten der Finanzkontrolle für die Prüfung der Jahresrechnung*

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Jahresrechnung als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und einen Bericht abzugeben, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Mass an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den SA-CH durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich gewürdigt, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieser Jahresrechnung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften des Kantons Solothurn und den SA-CH üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemässes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus:

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen in der Jahresrechnung aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Ausserkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten Internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems des Kantons Solothurn abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängenden Angaben.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt der Jahresrechnung insgesamt einschliesslich der Angaben sowie, ob die Jahresrechnung die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass eine sachgerechte Gesamtdarstellung erreicht wird.



Wir kommunizieren mit dem zuständigen Regierungsrat unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschliesslich etwaiger bedeutsamer Mängel im Internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung identifizieren.

Wir geben dem zuständigen Regierungsrat auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben, und kommunizieren mit ihm über alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und – sofern zutreffend – über Massnahmen zur Beseitigung von Gefährdungen oder getroffene Schutzmassnahmen.

Von den Sachverhalten, über die wir mit dem zuständigen Regierungsrat kommuniziert haben, bestimmen wir diejenigen Sachverhalte, die bei der Prüfung der Jahresrechnung des Berichtszeitraums am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem umfassenden Bericht, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schliessen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äusserst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bericht mitgeteilt werden soll, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

#### **Bericht zu sonstigen gesetzlichen und anderen rechtlichen Anforderungen**

In Übereinstimmung mit den kantonalen Vorschriften und PS-CH 890 bestätigen wir, dass ein gemäss den Vorgaben des Regierungsrates ausgestaltetes Internes Kontrollsystem für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert.

Wir empfehlen dem Kantonsrat, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

#### **Kantonale Finanzkontrolle**

  
G. Rudolf von Rohr  
Chefin  
Zugelassene Revisionsexpertin

  
M. Stipic  
Leitender Revisor  
Zugelassener Revisionsexperte

Solothurn, 15. März 2024



**Amt für Finanzen**

Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 96  
so.ch  
afin@fd.so.ch

Fotos: Markus Daepfen, Solothurn  
Strukturen und Formen

